

# Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- 3 Die neue deutsche Diskussion zum kommenden Irak-Krieg:  
„Wir glauben Euch noch nicht“**
- 5 V-Leute und kein Ende**
- 8 Die Menschen in Palästina sind erniedrigt und frustriert**
- 12 Privatisierungsflut: Müllentsorgung, Marktversagen**
- 15 Stellenabbau bei Siemens geht weiter**
- 18 Zur Entwicklung in der Türkei und die Rolle der kurdischen Bewegung**



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
— ERSCHEINT VIERZEHTENTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: ph@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 , Sozialabo: 33,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80 )
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80 )
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60 )
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## IN BERLIN

### AKTUELL

**RECHTSWIDRIGE RASTERUNG.** Das BKA hatte sich nach dem 11.September an die Personalabteilungen von etwa 4000 Firmen gewandt, u.a. von Energieversorgern und Telekommunikationsunternehmen, mit der Aufforderungen, persönliche Daten von Mitarbeitern, die dem Suchraster entsprechen, in digitaler Form zur Verfügung zu stellen. Eine gesetzliche Grundlage hatte dieses Vorgehen nicht. Auf Veranlassung verunsicherter Adressaten hatte der Bundesdatenschutzbeauftragte beim BKA interveniert, das daraufhin versicherte, dass die Datenübermittlung „auf freiwilliger Basis“ erfolge und rechtlich unbedenklich sei. Da es aber keine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage für den Datentransfer gibt, könnten die Firmen auch nicht über die sensiblen Daten ihrer Mitarbeiter „freiwillig“ verfügen. Die Übermittlung sei so oder so rechtswidrig. – Jetzt wurde bekannt, dass nur wenige Unternehmen der Aufforderung des BKA nachgekommen sind. Immerhin: Einige Firmen haben Daten von Beschäftigten ans BKA geliefert.

**KEIN NEUES ABSCHIEBEABKOMMEN!** Zur Ankündigung von Bundesinnenminister Schily, ein neues Abschiebeabkommen mit der Türkei abzuschließen, erklärte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Jelpke: „Werden kurdische Oppositionelle jetzt massenhaft abgeschoben? Die Ankündigung Schilys, in nächster Zeit in die Türkei zu reisen, um ein neues Abschiebeabkommen mit seinem türkischen Kollegen abzuschließen, sind alarmierend. Erst Ende letzten Jahres hat der türkische Innenminister der Bundesregierung eine Liste von 155 Personen übergeben, deren Auslieferung er wünscht. ... Die meisten Personen, deren Auslieferung die Türkei verlangt, sind hier lebende kurdische Oppositionelle und Flüchtlinge. Ihnen droht nach einer Auslieferung jahrelange Haft wegen „Separatismus“ und anderer undemokratischen Vorwürfen. (...) Ich erwarte von der Bundesregierung, kein neues Abschiebeabkommen mit der Türkei abzuschließen. Kurdische und andere politische Oppositionelle aus der Türkei haben auch nach Verabschiedung des jüngsten „Reformpakets“ in der Türkei weiter Anspruch auf Schutz und Bleiberecht. Von einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage ist die Türkei noch meilenweit entfernt.“

**„GEFAHRENABWEHR“ VORVERLEGT.** Das rot-grüne Bundeskabinett hat dem Entwurf eines Gesetzes zum deutsch-polnischen Abkommen über die Zusammenarbeit von Polizei und Grenzschutzbehörden in den Grenzbereichen zugestimmt, so dass das Abkommen jetzt ratifiziert werden könnte. Mit dem Abkommen, so verlautet aus dem Bundesinnenministerium, solle Polen bereits „im Vorfeld des EU-Beitritts stärker in die europäische Sicherheitsarchitektur integriert werden“. Neben dem Austausch von Informationen und der Erledigung polizeilicher Rechtshilfegesuchen sind gemeinsame Dienststellen und Fahndungsaktionen vorgesehen. Während deutsche Polizisten zwecks „Gefahrenabwehr“ in Polen tätig werden, wird Polen, so die Zusicherung der Regierung, die Kontrolle an den künftigen EU-Außengrenzen zu Russland, Weißrussland und der Ukraine verschärfen.

**GEMEINSAMES ERBE.** Die Bundesärztekammer fordert ein internationales Übereinkommen, das jede Kommerzialisierung menschlichen Lebens ausschließt. Nur so könne sichergestellt werden, dass sich Fälle wie das „Edinburgh-Patent“ nicht mehr wiederholen. Die Ärztekammer begrüßte die Position des Weltärztekuntes, dass das Genom des Menschen zum gemeinsamen Erbe aller Menschen gehört und keine Handelsware ist. Die Gefahr der Kommerzialisierung sei allerdings größer denn je. Mit der Patentierung von menschlichen Genen und Stammzellen versuchen einige Firmen, so der Ärztekammer-Präsident, „Claims“ abzustecken, damit nur ihnen die grundlegende Information für die Medikamente der Zukunft gehört. Verbindliche internationale Regelungen müssten Patente in diesem Bereich auf Verfahren und einzelne Verfahrensschritte zur Herstellung gentechnisch veränderter Medikamente beschränken. Darüber hinaus kritisierte die Bundesärztekammer die Konstruktion des Europäischen Patentamtes. Weder werde es durch ein unabhängiges Patentgericht kontrolliert, noch wache der Europäische Gerichtshof über Entscheidungen des Europäischen Patentamtes. Es sei sich selbst erste und letzte Instanz, jede äußere Kontrolle fehle, die innere funktioniere nicht, und außerdem sei es ein unerhörter Skandal, dass das Patentamt seine Entscheidungen, die es selbst als falsch erkannt habe, nicht selbst zurücknehmen kann, sondern dass erst Externe gegen solche Entscheidungen vorgehen müssten.

**UNTERLAUFEN.** Die Regierung hat auf Anfrage der PDS-Abgeordneten Lippmann bestätigt, dass zwischen der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan ISAF und der afghanischen Interimsverwaltung Anfang 2002 eine weitreichende Immunitätsklausel für alle ISAF-Soldaten vereinbart wurde. Sie genießen Immunität von Festnahme und Haft und können ohne ausdrückliche Zustimmung des Entsendestaates einem internationalen Tribunal oder einer anderen Stelle bzw. einem anderen Staat nicht übergeben werden. Die Abgeordnete erklärte dazu: „Meines Erachtens wird zumindest mit dem o.g. Annex A für Afghanistan die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes unterlaufen, weil wohl kaum ein Land seine eigenen Soldaten an den ICC ausliefern wird.“

## **Kurzanalyse der neuen deutschen Diskussion zum kommenden Irakkrieg und Vorschläge für Positionen der Friedensbewegung**

# **„Wir glauben Euch noch nicht“**

Tobias Pflüger, IMI

### **1. Die neue Position der rot-grünen Bundesregierung ist wenig glaubwürdig**

Gerhard Schröder und Joschka Fischer haben sich in den letzten Tagen eindeutig gegen einen neuen Irak-Krieg ausgesprochen. Dies ist eine neue Positionierung. Aufgrund der Vorgeschichte (frühe Kriegszusage im März 2002) und der Bilanz von rot-grüner Kriegspolitik ist dieser „Antikriegskurs“ von Schröder und Fischer wenig glaubwürdig.

Im Folgenden wird analysiert, was notwendig wäre, um die Absage der rot-grünen Bundesregierung an einen Krieg gegen den Irak glaubwürdiger zu machen.

Mit diesen Positionen - so meinen wir - sollten Friedens-, Antikriegs- und Anti-Globalisierungsbewegung in die jetzige Auseinandersetzung um eine Verhinderung eines Krieges gegen den Irak gehen.

### **2. Die deutsche Kriegszusage und wie sich die Bundesregierung davon verabschieden könnte**

Wir wissen, dass es schon im März (2002) von Gerhard Schröder eine interne Zusage an die US-Regierung für eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak gegeben hatte. Die damaligen Bedingungen waren: Erstens, der Krieg solle nach den Wahlen in Deutschland stattfinden und zweitens, der Angriff müsse mit einem UN-Mandat versehen werden. (Diese Information ist inzwischen von Karl Lamers (CDU) auch öffentlich bestätigt worden (vgl. Reuters, 06.08.2002))

Eine der wichtigsten Fragen derzeit ist, ob diese Kriegszusage heute noch gilt.

Notwendig ist eine öffentliche Erklärung der Bundesregierung, dass es keine Zusagen mehr gegenüber der US-Regierung für eine Unterstützung oder Teilnahme bei einem Krieg gegen den Irak gibt oder dass die frühere Zusage für die Bundesregierung zurückgenommen wurde oder nicht mehr bindend ist.

Darüber hinaus muss die Bundesregierung der US-Regierung gegenüber er-



klären, dass die Bundesregierung den Krieg gegen den Irak in folgenden Bereichen nicht unterstützt:

- Keine finanzielle Unterstützung
- Kein Zur-Verfügung-Stellen von Bundeswehr-Truppen für den geplanten Krieg,
- Keine Truppenunterstützung,
- Keine Zur-Verfügung-Stellung der militärischen Infrastruktur in Deutschland (das schließt nicht nur die deutschen sondern auch die US-amerikanischen Basen wie Spangdahlem, Ramstein, Frankfurt Airport u.a. mit ein).
- Veto innerhalb der NATO gegen die Unterstützung eines Irakkrieges.

### **3. Bundeswehrsoldaten in Kuwait – nur ein sofortiger Abzug macht einen Antikriegskurs glaubwürdig**

Derzeit sind im Rahmen von Enduring Freedom in Kuwait noch 52 ABC-Abwehrkräfte der Bundeswehr mit 6 Spürpanzer Fuchs stationiert. Das Gerät wurde zurückgelassen von einem Manöver in Kuwait, an dem 250 Bundeswehrsoldaten teilnahmen.

Die ABC-Abwehrsoldaten sollen sich nach einer Übung im März nun wieder an einem weiteren Manöver beteiligen. Die genaue „Aufgabenstellung“ sei noch offen.

Verstärkte Manöver in Kuwait sind, da sind sich alle Militärexperten einig, ein wichtiges Anzeichen für einen demnächst bevorstehenden Angriff auf den Irak. Bei den ersten Kriegsplanungen gegen den Irak im Dezember 2001, die dann aufgrund der Absagen der westorientierten arabischen Regierungen an Vize-Präsident Dick Cheney wieder verschoben wurden (Hintergrund war das brutale Vorgehen des israelischen Militärs in den palästinensischen Gebieten), gab es ebenfalls verstärkte Manöver („Desert Spring“) in Kuwait.

Der neue „Verteidigungsministers“ Dr. Peter Struck hat entschieden, dass die ABC-Abwehrkräfte auf Wunsch der US-Regierung in Kuwait bleiben, u.a. zum Schutz von US-Soldaten.

Die Erklärung Strucks, die ABC-Abwehrkräfte hätten eine andere Aufgabe, als bei einem Irakkrieg mit dabei zu sein, ist völlig unglaublich. Es wurden doch gezielt ABC-Abwehrkräfte in Kuwait stationiert, um bei einem Angriff auf den Irak angreifenden Truppen zur Hilfe zu kommen. Friedrich Merz (CDU) sieht das klarer: „Alles ABC-Abwehrmaterial ist in Kuwait geblieben, wenn es dort in der Region zu einem Konflikt kommt, ist Deutschland natürlich dabei.“ (Financial Times 24.05.2002)

Unsere Forderung ist deshalb klar: Sofortiger Abzug aller Bundeswehr-Soldaten aus Kuwait!

### **4. Die Bevölkerung ist gegen den Krieg gegen den Irak – innenpolitische Debatte**

Die Parteidiskussion zum Irakkrieg zeigt viel Wahlkampfkalkül. Die Parteien-Debatte ist allerdings wenig hilfreich: CDU-Schäuble und SPD-Klose für den Krieg, CDU-Lamers, Schröder und Fischer öffentlich dagegen. CDU-Pflüger wünscht ein UN-Mandat, hält es aber nicht für zwingend ... Die FDP kritisiert das „Hineinziehen der Außenpolitik in den Wahlkampf“ (sic!, und Alt-Außenminister Hans-Dietrich Genscher will eine Bundestagsaussprache zum geplanten Irakkrieg. Der Kanzlerkandidat von CDU/CSU will sich offenbar nicht zum Thema äußern. Die Nachrichten-Agentur AFP spricht davon, er spielt „Verstecken“. Stoiber weiß, dass eine Pro-Kriegs-Position nicht populär ist.

Entscheidend ist, die bundesdeutsche Bevölkerung ist je nach Umfrage zwischen 73% (n-tv/Emnid) und 91% (Spiegel) gegen den Irakkrieg. Diese Werte waren im übrigen schon so vor dem oberflächlichen Schwenk der rot-grünen Bundesregierung in der Irakfrage.

Eine oberflächliche Ablehnung des Krieges wird aber SPD und Grünen kaum Stimmen einbringen. Der neue „Antikriegskurs“ von Schröder und Fischer ist wenig glaubwürdig: Die rot-grüne Regierung hat sich bisher zweimal

an Angriffskriegen beteiligt (NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, dem sog. „Kosovo“-Krieg und der Krieg gegen Afghanistan) Außerdem hat rot-grün die Bundeswehr durch die Strukturveränderungen (genannt „Reform“) - bei allen Unzulänglichkeiten? entscheidend kriegsfähig gemacht (vgl. näher zu beidem: Die Bundeswehr unter Rot-grün, <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=128> ).

## 5. Die Begründungen der Regierung für ihre Kriegsablehnung sind hochproblematisch – gegen „deutschen Weg“

Die SPD will nun auf Außenpolitik im Wahlkampf setzen, so weit, so gut. Doch die Begründungen lassen schaudern. Zitate Gerhard Schröder: „Wir haben uns auf den Weg gemacht, auf unseren deutschen Weg. Aber wir haben nicht alles geschafft. Deshalb brauchen wir ein Mandat, diesen Weg bis zum Ende zu gehen.“ „Ich denke, wir haben nach dem 11. September letzten Jahres bewiesen, dass wir besonnen und im Interesse der Sicherheit unserer Menschen handeln, mit der Staatsgemeinschaft, mit den Freunden in den Vereinigten Staaten, dass wir aber für Abenteuer nicht zur Verfügung stehen und dabei bleibt es.“

Von Besonnenheit kann bekanntlich beim Krieg in Afghanistan nicht die Rede sein (Stichwort: Einsatz des Kommando Spezialkräfte u.a.). Das Interessanteste ist aber die Formel vom „deutschen Weg“, die sich die SPD-Wahlkämpfer da einfallen lassen haben.

Die Reden von Gerhard Schröder und Franz Müntefering beim Wahlkampfauftritt in Hannover sind nur so gespickt mit Formulierungen eines „deutschen Weges“.

Die Kriegsablehnung der Friedensbewegung hat mit dieser Position, die An-

leihen bei nationalistischem Gedanken-gut macht, nichts zu tun.

## 6. Nicht nur gegen eine deutsche Kriegsteilnahme, sondern gegen den Krieg an sich

Ziel muss für die Friedensbewegung natürlich nicht nur sein, eine deutsche Kriegsteilnahme zu verhindern, sondern auch den Krieg als solches zu verunmöglichlichen. Die militärische Infrastruktur in Deutschland ist für die Kriegsfähigkeit der US-Truppen von wichtiger Bedeutung.

Die Zusammenarbeit mit Friedens-, Antikriegs- und Antiglobalisierungsbewegungen über den gesamten Globus ist sehr wichtig. Wir müssen mit den Kriegsgegner/innen in den USA und den anderen europäischen Ländern gemeinsam gegen den Kriegskurs der jeweiligen Regierungen kämpfen.

## 7. Zur Situation im Irak selbst – notwendig ist die Aufhebung des Embargos

Der ausscheidende CDU-Außenexperte Karl Lamers hat auf einen weiteren entscheidenden Punkt verwiesen: „Niemand hat eine Vorstellung, was nach einer möglichen Entmachtung Saddam Husseins passiert und wie das Land dann noch zusammengehalten werden kann.“ (AFP, 04.08.2002) Schon nach dem zweiten Golfkrieg ließ die damalige Kriegscoalition kurdische und schiitische Bevölkerung schrecklich ins Messer laufen, Saddam Hussein blieb an der Macht.

Die Bevölkerung des Irak, nicht das in aller Schärfe zu kritisierende Regime von Saddam Hussein, leiden schwer unter dem Embargo, das gegen das Land verhängt wurde. Das Embargo ist ein Krieg gegen die irakische Zivilbevölkerung. Eine Antikriegsposition ist nur dann glaubwürdig, wenn es ihr auch um die iraki-

sche Bevölkerung geht. Deshalb muss das Ziel ganz klar die Aufhebung des Embargos gegen den Irak sein. Die Bundesregierung muss sich also, ist sie tatsächlich gegen einen Krieg, dringend für eine Aufhebung des Embargos einsetzen, sie sollte das Embargo selbst nicht mehr beachten, und sie muss Hilfe für die notleidende irakische Bevölkerung organisieren.

## 8. UNO - Irak-Verhandlungen

Wenn die deutsche Regierung einen Krieg gegen den Irak ablehnt, muss sie sich innerhalb der UN für eine zielgerichtetes Verhandeln mit der irakischen Regierung einsetzen. Ziel könnte sein, die frisch ausgesprochenen Einladungen der irakischen Regierung anzunehmen und ernsthaft zu verhandeln.

Die derzeitigen Verhandlungen der UN-Vertreter machen nämlich den Eindruck, dass - aus Rücksicht gegenüber der US-Regierung - dem Irak keine reale Chance gegeben werden soll, die Bedingungen für die UN-Inspekteure tatsächlich zu erfüllen.

Es wurde nun ja auch offiziell - durch den damaligen Leiter der UNSCOM-Mission Rolf Ekéus (1991 bis 1997) - bestätigt, dass bei den UNSCOM-Inspektoren US-Agenten mit dabei waren, die UNSCOM für Spionagezwecke nutzten. Ziel sei die Installation von Abhöreinrichtungen gewesen. Unter klarer Missachtung des UN-Mandats hätten sich die Agenten auch für Einrichtungen des irakischen Geheimdienstes und der irakischen Armee interessiert. Nach seiner Ablösung durch den Australier Richard Butler habe es seines Wissen nach eine Reihe „zweifelhafter Inspektionen“ gegeben. Ekéus erklärte weiter, dass auch andere Mitglieder des UN-Sicherheitsrates Druck in Richtung provokative UN-

## Fragen des Irak an die UN

Im Folgenden dokumentieren wir stark gekürzt Fragen, die der irakische Außenminister dem Generalsekretär der Vereinten Nationen anlässlich der Gesprächsrunde am 7.3.02 mit der Bitte überreichte, dass der Sicherheitsrat sie beantworten solle. Wir entnahmen das Dokument der jungen Welt vom 5. August. Karin Leukefeld hat es übersetzt.

1. Wie ist Ihre Ansicht und wie beurteilen Sie, was wir nach sieben Jahren und sieben Monaten irakischer Kooperation mit dem Sonderkomitee und der Internationalen Atomenergiebehörde erreicht haben? Wie könnte diese Kooperation genutzt und darauf aufgebaut werden?

2. Sollten ein oder zwei ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der Ansicht sein, dass sie in Bezug auf die Entwaffnung nicht sicher sind, möchten wir wissen, wovon sie überzeugt werden möchten? Wonach suchen sie? Welche Zeit ist erforderlich, um diese Suche abzuschließen? Damit die Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann, sollten auch wir zufriedengestellt werden, nicht nur der Sicherheitsrat. Sollten sie über bestimmte Einrich-

tungen oder Tätigkeiten im Zweifel sein, möchten wir darüber informiert werden.

3. Wie erklären Sie die Haltung eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates, das offiziell erklärt, in den Irak einzumarschieren und seinem Volk gewaltsam ein Marionettenregime aufzwingen zu wollen? (...)

4. Steht der Sicherheitsrat ernsthaft zu seinem Mandat und den Resolutionen, die er verabschiedet hat? Insbesondere zu der Resolution 687 vom 3. April 1991 und deren fairen und rechtmäßigen Auslegung? Der Sicherheitsrat unterwirft sich der US-Interpretation der Resolutionen ebenso wie deren einseitig erklärten Resolutionen gegenüber dem Irak.

5. Wie kann eine normale Beziehung zwischen dem Irak und dem Sicherheitsrat erreicht werden angesichts der aktuellen erklärten US-Politik, in den Irak einzumarschieren und das patriotische politische Regime gewaltsam verändern zu wollen? (...)

7. Welche Garantien können die Vereinten Nationen geben, um eine Einmischung der aggressiven politischen Ziele der USA in die Beziehungen des Irak mit den Vereinten Nationen zu verhindern?

8. Um das Vertrauen zwischen dem Irak und dem Sicherheitsrat wiederherzustellen, ist

das Konzept der Gleichzeitigkeit der Umsetzung der gegenseitigen Verpflichtungen notwendig und wesentlich, wie es in den Resolutionen des Sicherheitsrates zum Irak festgehalten ist. Was sind Ihre Einschätzungen hinsichtlich der Verpflichtungen gegenüber den Rechten des Irak, vor allem in bezug auf die Aufhebung der Sanktionen, der Anerkennung der irakischen Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie der Beseitigung von Massenvernichtungswaffen in der Region des Mittleren Ostens? Diese Verpflichtungen sollte der Sicherheitsrat einhalten, um eine neue Seite in der Zusammenarbeit zwischen dem Irak und den Vereinten Nationen aufzuschlagen. Wie könnten wir einen Mechanismus installieren, der die zeitgleiche Umsetzung der Verpflichtungen beider Seiten gewährleistet? (...)

10. Nachdem bekannt geworden ist, dass frühere UNSCOM-Inspektoren und die Internationale Atomenergiebehörde Spionagetätigkeiten ausübten, wie es den Eingeständnissen von einigen Mitgliedern des Sonderkomitees ebenso zu entnehmen war, wie den Erklärungen von US-Quellen, als auch von ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates und was vom Generalsekretär bestätigt wurde: Ist es fair, dass Inspektoren, die in den

SCOM-Forderungen an den Irak ausgeübt hätten, um so den Vorwand für ein militärisches Vorgehen gegen das Regime um Saddam Hussein zu bekommen.

Ein Misstrauen gegenüber den UN-Inspektoren ist also durchaus auch berechtigt.

#### **9. NATO-Treffen direkt nach der Wahl – Kriegsszenarien**

Am 24./25. September findet in Warschau das sogenannte „informelle Treffen der Verteidigungsminister der NATO“ statt. Es ist damit zu rechnen, dass die einzelnen NATO-Staaten dort erklären müssen, wie sie sich an einem Irak-Krieg beteiligen.

Wenn die Bundesregierung tatsächlich gegen den Irakkrieg ist, muss sie schon heute erklären, dass Peter Struck dort mitteilen wird, dass weder Truppen noch Infrastruktur für einen Krieg gegen den Irak zur Verfügung gestellt werden.

Die Wahrscheinlichkeit eines Krieg fällt im übrigen ziemlich stark ab, wenn die europäischen NATO-Staaten sich konsequent, entschlossen und geschlossen gegen eine Irak-Invasion aussprechen würden. In der „International Herald Tribune“ (IHT) vom 25.07. heißt es z.B., dass die europäischen NATO-Staaten durchaus den Krieg gegen den Irak verhindern oder doch zumindest um Monate hinauszögern könnten, die US-Regierung wäre zu sehr auf in Europa befindliche Militär-Infrastruktur angewiesen.

Außerdem muss die Bundesregierung darauf drängen, dass die diversen konkreten Kriegspläne, die George W. Bush vorgelegt wurden, öffentlich gemacht werden. Der Oberbefehlshaber der am Golf stationierten US-Truppen, der General Tommy Franks, hatte am 6.8. US-Präsident George W. Bush einen neuen

Angriffsplan gegen den Irak vorgelegt. In diesem Kriegsszenario wird von einer Invasion im Irak mit 50.000 bis 80.000 Soldaten ausgegangen, die massiv von der Luftwaffe unterstützt werden sollen. Ein anderer Kriegsplan spricht von ca. 250.000 Soldaten, mit den die Irak-Invasion durchgeführt werden soll. In einem weiteren Kriegsplan ist von „Kommandounternehmen“ zu Beginn die Rede ...

Beim Krieg selbst ist wohl mit einem wesentlich massiveren Einsatz von High-Tech-Waffen, wie Lenkwaffen, Cruise Missiles und sogenannten „Präzisionsbomben“ („Kollateralschäden“ eingeschlossen) zu rechnen.

#### **10. Kriegsführungsfähigkeit des Militärs verhindern**

Um keine Kriege führen zu können, ist es notwendig die Kriegsführungsfähigkeit von Armeen abzubauen. Dazu gibt es das Konzept der „qualitativen Abrüstung“, was bedeutet, die Truppen als erstes abzubauen, mit denen Kriege geführt werden können, in Deutschland sind dies die Einsatzkräfte der Bundeswehr. Solange die kriegsfähigen Truppen zur Verfügung stehen, werden sie erfahrungsgemäß auch eingesetzt. Diese Bundeswehr-Einsatzkräfte, früher Krisenreaktionskräfte, müssen aufgelöst werden!

Quelle: <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=159>

*Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.*

*IMI, Hechingenstrasse 203, 72072 Tübingen, Telefon: 07071-49154, Fax - 49159, e-mail: IMI@imi-online.de Internet: <http://www.imi-online.de>*

# **V-Leute und kein Ende**

## **Nach den V-Leuten in der NPD fliegen nun kriminelle V-Leute in Nazi-Musikbands auf**

„Wenn es noch eines Beweises bedurfte, um deutlich zu machen, wie hoffnungslos unfähig und unnütz, ja direkt schädlich deutsche Geheimdienste sind, wenn es um die Bekämpfung von Rechtsextremismus geht, dann liegt dieser Beweis jetzt vor.“ Das schrieb Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, am 22. Januar 2002 beim Beginn des V-Leute-Skandals im NPD-Verbotsverfahren: Einen Tag vorher hatte das Bundesverfassungsgericht alle weiteren Termine im Verbotsverfahren ausgesetzt, nachdem ihm bekannt geworden war, dass unter den von den Innenministern genannten Zeugen auch der jahrzehntelang als V-Mann vom Landesamt für Verfassungsschutz in NRW geführte Wolfgang Frenz war.

Weitere Enthüllungen folgten, darunter das Auffliegen des stellvertretenden Parteivorsitzenden und jahrelangen presserechtlich Verantwortlichen für die Publizistik der NPD, Udo Holtmann. Holtmann war ebenfalls jahrzehntelang vom Bundesamt für Verfassungsschutz als V-Mann geführt und bezahlt worden. Die Entscheidung, ihn auch nach seinem Aufstieg in den NPD-Parteivorstand weiter als V-Mann zu führen, fiel in der Amtszeit von Bundesamt-Chef Werthebach. Derselbe Werthebach genehmigte wenige Jahre später als Berliner CDU-Innensenator regelmäßig Demonstrationen der NPD, Anmelder: V-Mann Holtmann, und erklärte der empörten Öffentlichkeit, er habe leider keinerlei Handhabe, solche Demonstrationen zu verhindern. Zufall?

Inzwischen ist die Zahl der von den Behörden eingeräumten V-Leute in Führungspositionen der NPD auf mindestens 30 gestiegen. Selbstverständlich sind die Ausreden der NPD, sie sei nur durch die V-Leute zu einer gewalttätigen, antisemitischen und verfassungsfeindlichen Partei geworden, verlogen und lächerlich. Alle diese V-Leute sind „Fleisch vom Fleisch der NPD“, wie die Prozessbevollmächtigten von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag richtig festgestellt haben. Aber das Nachdenken darüber, wie weit die Kumpanei von Geheimdiensten und Neonazis in diesem Land seit Jahrzehnten geht, wie viele Straftaten vertuscht und verdeckt wurden, wie viele Straftaten, selbst Gewalttaten möglicherweise direkt unter den Augen, im Extremfall sogar mit Wissen und Billigung und mit Geldern von Ge-

Irak zurückkehren, erneut für Spionage gegen den Irak und seine Führung benutzt werden können? Und dass sie Informationen über lebenswichtige ökonomische Einrichtungen des Irak erneuern, damit diese bei einer zukünftigen Aggression bombardiert werden können?

11. Können die Vereinten Nationen sicherstellen, dass diejenigen, die in den Irak kommen, keine Spione sind und keine Spionageaktivitäten verüben?

12. Können die Vereinten Nationen die Aufhebung der zwei Flugverbotszonen garantieren? Können die Vereinten Nationen garantieren, dass eine bevorstehende Inspektion nicht der Auftakt für einen Angriff auf den Irak darstellt, wie es 1998 war? Können die Vereinten Nationen garantieren, dass die USA den Irak während dieser Inspektionsarbeit nicht angreifen, wie es während der siebeneinhalb Jahre von 1991 bis Dezember 1998 war? (...)

14. Wie werden die Inspektoren, deren Staaten erklärtermaßen die nationale Souveränität des Irak bedrohen und einmarschieren wollen, ein unvoreingenommenes internationales Mandat im Irak ausüben, die Resolutionen des Sicherheitsrates respektieren und sich in ihren Verpflichtungen gemäß der

Charta verhalten? Die Anwesenheit von US-amerikanischen und britischen Inspektoren in dem Sonderkomitee und in der Internationalen Atomenergiebehörde hat dazu beigetragen, dass (zunächst) nachrichtendienstliche Daten gesammelt sowie Einrichtungen markiert und bei ihrem (folgenden) Angriff bombardiert wurden. Alle Einrichtungen, die von den Inspektorentools besucht worden waren, auch Präsidentengebäude, wurden 1998 angegriffen, obwohl die Inspektoren versichert hatten, dass sich dort keine Massenvernichtungswaffen befanden. Darüber hinaus haben die Amerikaner und die Briten alle Industrieanlagen bombardiert, die auf der Liste der Inspektoren standen, obwohl sie unter permanenter Überwachung waren. (...) 19. Der Irak besteht auf seinem Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta. Der Sicherheitsrat ist an seine Verpflichtung gebunden, die Souveränität des Irak und seine territoriale Integrität zu respektieren. Regionale und nichtregionale Parteien ermuntern dazu, die nationale Sicherheit des Irak zu verletzen. Wie sehen Sie das Recht des Irak auf Selbstverteidigung und, abgesichert durch das Völkerrecht und die (UN-)Charta, Waffen zur Selbstverteidigung zu besitzen?



**Nazi-Aufmarsch am 9. März in Köln. Bild: Arbeiterfotografie**

heimdiensten organisiert und durchgeführt wurden – dieses Nachdenken wird immer dringender.

Derweil ist die Kette der Enthüllungen über V-Leute bei der neonazistischen Musikszene angekommen. Am 20. Juli nahm die Berliner Polizei bei der Verfolgung der Skinhead-Band „White Aryan Rebels“ (Weiße Arische Rebellen) den Vertriebschef der Band, den 27-jährigen Toni St., fest. Die „Weißen Arischen Rebellen“ rufen auf ihren CDs unter anderem zum Mord an den Brandenburger Generalstaatsanwalt Erarto Rautenberg und an Manfred Bielek und Michel Friedmann auf. Kaum festgenommen, kam heraus, dass dieser Toni St. seit langem V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes ist. Nachdem sich Brandenburgs Innenminister Schönbohm und seine CDU-Freunde erst lauthals beschwerten über die Berliner Staatsanwaltschaft, die ihre wertvollen V-Leute auffliegen lasse, sind sie inzwischen merklich kleinlaut geworden. Immer mehr Enthüllungen kommen heraus. So soll der Brandenburger Verfassungsschutz seinem V-Mann kurz vor einer Polizeirazzia extra einen neuen Computer ausgehändigt haben, mit der Folge, dass der PC mit den Dateien über die kriminellen Vertriebsaktivitäten des V-Manns bei der Polizeirazzia nicht auffindbar war. Im Strafrecht nennt man so etwas Beihilfe zur Vertuschung von Straftaten.

Nach anderen Berichten soll Toni St. sogar Gelder des Landesamtes Brandenburg für den Vertrieb der kriminellen Hetz-CDs genutzt haben. In der neuen Ausgabe des „Spiegel“ werden nun Telefone geschildert, in denen sich der V-Mann bei seinem Brandenburger V-Mann Führer über seine ständige Observierung durch Berliner Beamte beklagt. Der V-

Mann-Führer sichert ihm darin zu, sein „Chef“ (der Brandenburger VS-Landeschef Wegesin) werde dafür sorgen, dass das aufhöre.

Inzwischen ist noch ein neuer Skandal hinzugekommen. Der V-Mann Toni St. hatte nämlich am Rande auch zu tun mit der Skinhead-Band „Landser“. Die „Landser“ gehören zur internationalen Skinhead-Vereinigung „Hammerskins“. In ihren CD „Ran an den Feind“ rufen sie u.a. dazu auf, Israel zu bombardieren, „Nigger“ aufzuhängen und zu erschießen sowie die Mitglieder von Bundesregierung und Bundestag zu massakrieren – „Stürmt den Reichstag, räuchert sie aus, macht den Rattenbande den Garaus“ (zit. nach „Tagesspiegel“, 11.8.2002).

Der Brandenburger V-Mann Toni St., soll, so die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, die seit zwei Jahren gegen die Band als „kriminelle Vereinigung (§129 StGB) ermittelt, bei der Produktion des Booklets zur CD „Ran an den Feind“ mitgewirkt haben.

Aber der Skandal ist größer. Denn der sächsische Anführer der „Hammerskins“, Mirko H., soll einer der Verantwortlichen für den Vertrieb der CDs dieser brutalen Nazi-Band gewesen sein. Dieser Mirko H., seit Dezember 2001 wegen anderer Straftaten in Haft, soll, so jetzt der „Spiegel“ und andere Zeitungsberichte, seit längerem ein gut bezahlter V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz gewesen sein.

Bereits im Sommer 2001 war die Wohnung dieses Mirko H. im sächsischen Langburkersdorf von der Polizei gestürmt worden. Hesse führte dort die von ihm 1997 gegründete Firma H.A. Records (H.A. = Hass Attacke, Hitler Adolf), seine Email-Adresse lautete auf den Namen des Hitler-Leibwächters Julius Schreck.

Die Beamten fanden knapp 10.000 CDs, Laptops und Computer, eine halbautomatische Selbstladepistole, das Imitat eines Maschinengewehrs, einen Schlagring mit Adler und Hakenkreuz sowie mehrere hundert Patronen verschiedenster Kalibers.

Laut Ermittlungen der Polizei soll dieser Mirko H. die Produktion der CDs von „Landser“ persönlich organisiert und auch den Vertrieb abgewickelt haben. Am 21. Dezember 2001 verurteilte ihn das Gericht wegen Volksverhetzung mit Propagandamitteln verbotener verfassungswidriger Organisationen in drei Fällen, Aufrüttungen zu Straftaten und verbotenem Waffenbesitz zu zwei Jahren Haft.

„Die Dienste haben offenbar über Jahre hinweg beste Informationen über die gefährlichsten Bands der radikalen Rechten zusammengetragen – ohne sie den Strafverfolgern zu melden“, berichtet der „Spiegel“ (12.8.2002)

Sollte sich das bestätigen, so hätte das Bundesamt für Verfassungsschutz einen neuen Großskandal. Wenn Beamte dieser Behörde V-Leute zu Mord und Totschlag gegen die Bundesregierung und den Bundestag aufrufen lassen, dann ist mehr fällig als ein Ermittlungs- und Strafverfahren gegen die Band und ihren Vertriebschef. Dann sind Schily und der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Fromm, direkt verantwortlich.

Die PDS, die FDP und die CDU/CSU haben nach Bekanntwerden der neuen Vorwürfe eine Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses verlangt. Noch mauert Innenminister Schily und seine Geheimdienste. Sie wollen über ihre V-Leute nur dem geheim tagenden „Parlamentarischen Kontrollgremium“ (PKG) des Bundestags, dem die PDS nicht angehört, Auskunft geben. Aber angesichts der immer weiter gehenden Vorwürfe dürften sie ihre Vertuschungslinie nicht mehr lange durchhalten können.

rül

#### **Pflegenotstand verschärft sich**

## **Reform für menschenwürdige Pflege immer dringender**

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche startete am 8. August eine bundesweite Kampagne „Pflege am Ende oder vor der Wende“, mit der es den Pflegenotstand zum Wahlkampfthema machen will. Das Diakonische Werk ist mit rund 2.200 Einrichtungen und Dienste mit 154.000 Plätzen zur Betreuung und Pflege alter Menschen einer der großen Träger der Altenhilfe. Auch andere

freie Träger und Wohlfahrtsverbände warnen vor einer drastischen Verschärfung des Pflegenotstandes. Erst jüngst wurden erschreckende Zustände in thüringischen Pflegeheimen öffentlich, die sich vor allem in einer Zunahme von lebensgefährlichem Wundliegen - Dekubitus - äußerten. „So wie Tausende von bettlägerigen Pflegebedürftigen mangelhaft und nachlässig betreut werden, könne man nur noch von Körperverletzung sprechen,“ kritisierte der Sozialverband Deutschland e.V. und bezeichnete die Situation in den Pflegeheimen als „Skandal ohne Ende“. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in NRW, die im Juli ebenfalls eine „Kampagne für Pflege“ eingeleitet hatte, weist darauf hin, dass sich die Lebenssituation für kranke und pflegebedürftige Menschen verschlechtert hat. „Wenn pflegebedürftige Menschen zum Kostenfaktor degradiert werden, dann hat die demokratische und menschenwürdige Gesellschaft keine Zukunft“, so ihr Vorsitzender Steinhausen.

Die Abbau von Leistungen bei gleichzeitig wachsendem Leistungsbedarf - infolge der demografischen Entwicklung, infolge der anhaltenden Zunahme von Demenzkranken - erhöht den Druck auf Einrichtungen und Beschäftigte. Der letzte Ärztetag protestierte dagegen, dass die Pflegeeinrichtungen und Sozialstationen vielfach schon ganz oder nahezu bankrott sind. Innerhalb von fünf Jahren sind 80% der Altenpflegerinnen aus dem Beruf ausgeschieden. 40.000 Stellen im Pflegebereich sind nach Auskunft des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung nicht besetzt, alle Einrichtungen klagen über einen enormen Rückgang an Bewerbungen.

Ende 1999 erhielten ca. 1,8 Millionen pflegebedürftige Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Finanziert wird die Versicherung durch Beiträge von Lohnabhängigen und Arbeitgebern mit einem Satz von 1,7%. Diese Mittel reichen für eine qualitativ ausreichende, soziale Betreuung und Zuwendung einziehende Pflege nicht aus. Doch die staatlichen Mittel werden nicht erhöht, sie werden im Gegenteil auf der Ebene von Bund und Ländern abgebaut. Der Etat des Bundesgesundheitsministeriums für 2003 wird, so sieht es der Entwurf vor, von 1,39 Mrd. auf 363,8 Millionen Euro zusammengestrichen, und zwar vor allem bei den Ausgaben für die Pflege. U.a. läuft das Pflege-Investitionsprogramm für die neuen Länder aus; zwischen 1995 und 2002 hatte der Bund dafür 3,2 Mrd. Euro bereitgestellt. Die Mittel für Modelle zur besseren Versorgung Pflegebedürftiger werden ebenso zusammengestrichen wie die Ausstattungszuschüsse für Pflegeeinrichtungen. Die NRW-Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände rechnet vor, dass 1996 noch 14.800 Ausbildungsplätze vom Land gefördert wurden, Ende 2000 nur noch 11.000. In anderen Bundesländern

dürfte sich der Finanzdruck kaum geringer ausnehmen.

Die rot-grüne Bundesregierung hat auf eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung verzichtet. Einige Leistungsverbesserungen waren von Anfang an nur geringfügig oder haben sich als völlig unzureichend erwiesen. Die drohende CSU/CDU/FDP-Regierung wird auf die Lohnnebenkosten für die Unternehmen losgehen und weitere Privatisierungen durchsetzen. Die Arbeitgeberverbände haben ihre Forderungen an eine „Reform“ formuliert: Die Rentenreform solle als Vorbild dienen. Umlagefinanzierte Leistungen müssten auf eine „Basisicherung“ konzentriert werden, eine individuelle kapitalgedeckte Risikovorsorge ausgebaut werden. Neue Leistungsformen oder Leistungsausweitungen der Pflegeversicherung dürften nur umgesetzt werden, wenn sie im Ergebnis nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung führen. Demgegenüber stellt etwa die Kampagne der NRW-Wohlfahrtsverbände die Ausrichtung der Pflege an den individuellen Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen in den Mittelpunkt und die Kritik der Leistungsbeschränkungen in den Mittelpunkt. Die PDS stellt folgende Anforderungen an eine Reform der Pflege:

1. Menschenwürdige Pflege muss sich am realen Bedarf von älteren und anderen hilfebedürftigen Menschen orientieren. Dafür ist ein neuer Pflege-Begriff notwendig. Dazu gehört, eine neue Pflegestufe „Null“ einzuführen. Sie soll auch solche Leistungen ermöglichen, die besser den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen.

2. Spürbare Leistungsverbesserungen sind für Kinder, Demenzkranke und Menschen mit Behinderungen erforderlich. Notwendig sind die Angleichung der Geld- und Sachleistungen sowie die Anpassung der Pflegesätze an den gestiegenen Bedarf.

3. Wir wollen die strenge Abschottung der Sozialleistungssysteme im Interesse der betroffenen Menschen überwinden.

Viele Schnittstellen zwischen der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, z. B. bei der häuslichen Krankenpflege, sind schlecht oder unzureichend geregelt.

4. Wir sind dafür, die pflegenenahen Bereiche, also die unmittelbaren Leistungen für pflege- und hilfebedürftige Menschen weiter zu entwickeln. Leistungsverbesserungen in der Pflege, mehr Qualität und Stärkung der pflegenenahen Bereiche erfordern mehr, besser qualifiziertes und motiviertes Personal in den Diensten und Einrichtungen. Deshalb sind wir für tarifliche Bezahlung in allen Diensten und Einrichtungen, Abbau der Überbelastung sowie bessere gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen für das Pflegepersonal.

5. Die PDS ist für Finanzierungslösungen, die den selbstverordneten „Teilkasko“-Charakter der Pflegeversicherung überwinden. Dazu gehört z. B. die Erweiterung des Kreises der BeitragszahlerInnen durch Einbeziehung von Beamten, Selbständigen, Abgeordneten und Ministern. Bedenkenswert sind auch Forderungen von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, die Pflege in stärkerem Maße aus Mitteln des Bundes zu finanzieren. (*Argument des Tages vom 12.8.*) Weitere Quellen: [www.kabinet.de](http://www.kabinet.de/cgi-bin/powernews.cgi?main) - <http://www.sozial-service.de/cgi-bin/powernews.cgi?main>

scc



## **Interview mit Abu Issa über die Lage in den besetzten Gebieten**

# **Die Menschen sind erniedrigt und frustriert**

Der 73-jährige ehemalige Sportlehrer **Mussa Saba**, genannt Abu Issa, ist eine populäre unabhängige Persönlichkeit. Er begann seine politische Karriere mit Steinwürfen gegen Panzer und Soldaten der damaligen britischen Kolonialmacht. Seine Familie musste 1948, bei der Staatsgründung Israels, nach Gaza flüchten. Als palästinensischer Freiheitskämpfer verbrachte er später über ein Jahr in israelischen Gefängnissen. 1994 lehnte er einen Ministerposten in der Palästinensischen Autonomiebehörde ab. Seither ist er kritischer und informeller Berater des Justiz- und des Außenministers.

*WoZ: Das israelische Militär hat die größten Teile der Westbank wiederbesetzt, Gaza aber noch nicht. Wie sieht das Leben in Gaza aus?*

**Mussa Saba:** Auch hier ist die Lage sehr angespannt. Die Bevölkerung befürchtet jederzeit neue Luftangriffe. Im Süden wurden die Stadt Rafah und die umliegenden Flüchtlingslager vom Rest des Gazastreifens abgetrennt. Momentan kommt niemand in den Süden. Der Checkpoint an der einzigen Verbindungsstraße wurde dichtgemacht, und die Feldwege wurden verbarrikadiert. In Rafah und auch in der südlichen Stadt Khan Yunis rechnen die Leute mit einer Invasion israelischer Truppen. Auch die Grenzen zur Außenwelt sind nicht passierbar: Meine Tochter besuchte mit meinen Enkeln in Ägypten Verwandte. Nun können sie nicht mehr zurück. Die israelische Armee hat sie in Rafah beim Grenzübergang zu Ägypten nicht durchgelassen.

*In den letzten Wochen bombardierten israelische Kampfflugzeuge mehrere Male Ziele mitten in Wohnquartieren. Wie reagieren die Menschen darauf?*

Sie fühlen sich gedemütigt, frustriert und erniedrigt. Sie haben Angst. Sie denken, Israel hätte ihnen persönlich den Krieg erklärt. Die Angriffe auf belebte Quartiere erinnern mich ans Jahr 1955, als die israelische Armee fünfzig Mörserrgranaten auf ägyptische Stellungen im Stadtzentrum von Gaza abfeuerte. Etwa zehn Personen starben dabei. Es herrscht die gleiche Stimmung wie damals: Wut macht sich breit, und es gibt Proteste auf der Straße. Bald gehen die Ferien zu Ende. Aber die Familien wollen ihre Kinder nicht zur Schule schicken, weil sie sich

vor israelischen Angriffen fürchten. StudentInnen gehen nicht mehr zur Universität, weil sie keine Perspektiven sehen. Sie sprechen nur noch vom - illusorischen - Weggehen. In den Straßen der Flüchtlingslager nahe den israelischen Siedlungen haben die Bewohner Sandhaufen aufgebaut, damit die Kinder dahinter vor Gewehrschüssen sicher sind und in Ruhe spielen können. Eine ganze Generation junger Leute geht so zugrunde.

### **Welche Form haben die Proteste?**

Im Zentrum von Gaza-Stadt zum Beispiel setzten sich die Händler heute Morgen mitten auf die befahrene Straße. Sie verkaufen nichts mehr. Die Leute haben kein Geld, um einzukaufen.

### **Wovon leben die Menschen denn?**

Einige nichtstaatliche Organisationen und das Uno-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge UNWRA organisieren medizinische Hilfe und Nahrungsmittel, aber das reicht nirgends hin. Mein Freund Khaled müsste mit seiner Tochter nach Ägypten, für eine medizinische Untersuchung, die man in Gaza nicht machen kann. Er hat kein Geld dazu, und die Grenzen sind sowieso geschlossen. Die Ersparnisse der Menschen sind aufgebraucht. Wir befinden uns wirklich in einem Notstand. Viele Kinder sind schlecht ernährt. Über sechzig Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Die Arbeitslosigkeit ist ebenso hoch. Die Leute können nur noch den kleinsten Teil ihrer täglichen Ausgaben selber bezahlen. So gar den Angestellten der PNA geht es miserabel. Viele Leute hoffen auf Gottes Hilfe. Aber ich weiß nicht, wie Gott uns helfen will.

*Die PNA sei korrupt, heißt es hier in Palästina. Aber auch von außerhalb, vor allem aus den USA und aus Israel, wird die*

*Bekämpfung der Korruption gefordert. Die PNA hat Reformen und freie Wahlen angekündigt. Können Reformen erfolgreich sein?*

Uns wird immer wieder vorgeworfen, wir seien korrupt. Klar, die PNA hat ein Korruptionsproblem. Bei denen ist das Scheckbuch wichtiger als ein politisches Programm. Viele Palästinenser und Palästinenserinnen sind schon lange unzufrieden, meinen aber, die Korruptionsbekämpfung komme nach dem Kampf gegen die Besetzung. Verglichen mit den Skandalen der US-amerikanischen Konzerne stehen wir ja noch gut da.

Ich glaube nicht, dass Wahlen abgehalten werden können. Freie Wahlen sind unter Besetzung nicht möglich. Es gibt keine unabhängigen Kontrollmöglichkeiten in der jetzigen Situation. Wie wollen Sie Wahlen organisieren, wenn die Leute ihre Wohnungen nicht verlassen dürfen? Solange wir nicht frei von der israelischen Fremdherrschaft sind, können Wahlen nicht demokratisch und fair sein. Es gibt zu viele Kräfte, die manipulieren wollen, israelische wie palästinensische. Deshalb habe ich schon das letzte Mal meinen Wahlzettel nicht ausgefüllt.

### **Was kann die Zivilgesellschaft bewirken?**

Wenn die Waffen sprechen, bleibt wenig Raum für friedliche, politisch ausgedehnte Lösungen. Darum macht sich Desillusionierung breit. Immerhin können wir uns hier, anders als in der Westbank, noch frei bewegen. Die politischen Organisationen können weiterarbeiten. Die nichtstaatlichen Organisationen versuchen, ihre sozialen Projekte vor dem Stillstand zu bewahren. Einige Gruppierungen organisieren sogar Proteste gegen die PNA und zivilen Widerstand gegen die Besetzung. Wir versuchen, der Erstickung zu widerstehen.

*Aus: WochenZeitung 32/02. Das Gespräch führte Tobias Gasser*

## **Gush Shalom beobachtet die israelische Armee**

Seit einigen Monaten sammelt die israelische Friedensorganisation Gush Shalom Beweise für Kriegsverbrechen israelischer Offiziere in den besetzten Gebieten. In Briefen warnte sie bisher 15 Offiziere vom Leutnant bis zum Brigadier General, dass man ihre Handlungen beobachten und Informationen sammeln würde, um sie mit einer Klage dem Internationalen Strafgerichtshof vorzulegen (Israel hat den Vertrag nicht ratifiziert). Gush Shalom stützt sich dabei ausschließlich auf Aussagen, die die betreffenden Offiziere in Interviews mit Medien über ihre militärischen Aktionen getroffen hatten. So hatte ein Offizier geäußert, dass man Familienmitglieder von mutmaßlichen Terroristen festgenommen und verhört

hatte, ein anderer, dass man die gesuchten Terroristen nicht gefunden habe, aber die Stadt weiter besetzen und das Leben ihrer Einwohner erschweren wollen, damit sie in Zukunft keine Verdächtigen mehr beherbergen. Diese Handlungen verstößen, so Gush Shalom, gegen internationales Recht.

Mittlerweile ermittelt der Generalstaatsanwalt gegen Gush Shalom, und zwar direkt auf Geheiß von Sharon. Der findet es unerträglich, dass eine politische Organisation versucht, Revolutionären mit der Androhung von rechtlichen Schritten eines Internationalen Gerichts abzuschrecken, Befehle auszuführen. Schon im Juli hatte die Regierung verboten, dass die Namen von Soldaten im Einsatz, die in Medienberichten zitiert werden bzw. Interviews geben, genannt werden. Gush Shalom erklärte, dass man sich durch die Drohungen nicht hindern lasse. scc



7.8.2002: Gewerkschaften in Uruguay rufen zu Generalstreik auf. „Aus Protest gegen die Sperrung einiger Bankguthaben durch die Regierung haben Gewerkschaften in dem krisengeplagten südamerikanischen Staat Uruguay für Mittwoch zum Generalstreik aufgerufen. Der größte Gewerkschaftsverband des Landes, PIT-CNT, plant einen zwölfstündigen Streik, der Gesellschaften in Staatsbesitz, den Verkehrssektor sowie den Bildungsbereich einschließen soll. Der Streik richtet sich auch gegen Hunger und Arbeitslosigkeit, teilte der Gewerkschaftsverband mit. Die Gewerkschaft der Bankangestellten hat bereits zu einem 24-stündigen Streik aufgerufen ...“

### **Streikbeteiligung = Entlassung**

Der schwedische Skanska Konzern hat 21 Beschäftigte der polnischen Tochter Budexpol Skanska entlassen, die sich an Streikaktivitäten der IG BAU in Hagen beteiligt hatten. In einem Appell der Internationalen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (IBBH) weist diese darauf hin, dass die Beschäftigten unmittelbar die Bundesrepublik verlassen mussten. Trotz Intervention der IBBH beim polnischen Unternehmen als auch dem Mutterkonzern in Schweden, ist dieser nicht bereit sein Vorgehen zu korrigieren. Die polnischen Arbeiter müssen nun auch mit Nachteilen beim Bezug von Arbeitslosengeld rechnen. Der Vorgang wirft auch ein Licht auf die teils geringe praktische Bedeutung von sogenannten codes of conduct (Verhaltenskodizes). Erst letztes Jahr hat der IBBH einen solchen code of conduct mit der schwedischen Skanska vereinbart. (rog)

### **Britannien: Putschversuch bei Gewerkschaft gescheitert**

Der Putsch kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel, aber er war nicht von langer Dauer. In der vergangenen Woche entschied ein Gericht, das der nationale Vorstand der Public and Commercial Services Union (PCS) rechtswidrig handelte, als er in einem unerwarteten Beschluss Ende Mai den von der Gewerkschaftsbasis gewählte Generalsekretär Mark Serwotka absetzte und die Amtszeit des bisherigen Gewerkschaftschef Barry Reamsbottom verlängerte. Der Sozialist und Blair-Kritiker Serwotka war im Dezember 2000 völlig überraschend an die Spitze der sechstgrößten britischen Gewerkschaft gewählt worden, der frühere

Amtsinhaber Reamsbottom hatte nicht wieder kandidiert. Am 31. Mai wäre seine Amtszeit abgelaufen. Doch dann intervenierte der Vorstand, in dem die Labour-Rechte die Mehrheit hat. Die Wahl Serwotkas hatte den Auftakt für tiefgreifende Veränderungen bei den britischen Gewerkschaften gebildet – nach ihm haben in sämtlichen basisdemokratischen Wahlen linke Herausforderer die Vertreter der konservativ-gemäßigten Führungsschichten besiegt. (Quelle: Die Wochenzeitung)

### **Frankreich: Drastische Verschärfung des Asylrechts**

Mit der geplanten Neufassung des französischen Asylrechts können auch die Wähler Jean-Marie Le Pens zufrieden sein. In der vorigen Woche legte die neue Regierung unter Premierminister Jean-Pierre Raffarin einen Entwurf für die Asylrechtsreform vor, die im Herbst vom Parlament verabschiedet werden soll. Das Ziel ist die Verkürzung der Verfahrensdauer von durchschnittlich sieben Monaten auf maximal einen. Denn wie Justizminister Dominique Perben weiß, ist es „nach sechs, neun oder zwölf Monaten sehr schwierig, im Fall einer Ablehnung die Betreffenden zurückzuschicken“. Die Änderung garantiere, „dass sie wirklich in ihr Herkunftsland zurückkehren“. Außerdem sollen die Asylanträge, die im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention gestellt wurden und eine staatliche Verfolgung voraussetzen, zusammen mit denen des so genannten territorialen Asyls in einem Verfahren geprüft werden. Das „territoriale Asyl“ wurde 1997 eingeführt und ermöglicht aus humanitären Gründen eine Duldung für Opfer nicht staatlicher Verfolgung.

Die Regierung plant auch, die Kollektivabschiebungen durch Sonderflüge wieder einzuführen, mit denen der damalige Innenminister Charles Pasqua Ende der Achtziger von sich reden machte. (Quelle: Jungle World)

### **Kolumbien: Mehr als 10 000 Frauen demonstrierten für den Frieden**

In der vergangenen Woche fand in Kolumbien der von 600 Frauenorganisationen organisierte „nationalen Marsch der Frauen für den Frieden“ statt. „Wir, die Frauen, sind es, die die Initiative für Demonstrationen ergreifen und den Samen des Friedens pflanzen müssen“, sagte Sandra Tunubalá, Angehörige der Ethnie Guambino, die mit weiteren zwanzig Frauen angereist war. Indigenas, Gewerkschafterinnen, Menschenrechtlerinnen und Mütter, Ehefrauen und Töchter von Mitgliedern der Sicherheitskräfte und der Guerrilla nahmen an den Märschen teil. Der Aufruf zur Nationalen Frauenbewegung gegen den Krieg verdeutlichte, dass „die Unterbrechung des Friedensprozesses die Situation der Frauen schmerhaft und rauher macht, deren Menschenrechte durch verschiedene Kriegsakteure vor, während und nach der Unterbrechung der Dialoge zwischen Regierung und FARC immer wieder verletzt wurden.“ „Öffentlich verspottet zu werden aufgrund der Kleidung, der Verlust der Bewegungsfreiheit, zielgerichtete Morde, Vergewaltigungen von verschiedenen Akteuren des Konfliktes an Frauen allen Alters, Verbote, getötete Angehörigen abzuholen, Totenwachen abzuhalten und die Leichen zu beerdigen, Schließungen von Schulen und Ausbildungsstätten“; dies alles seien Realitäten des täglichen Lebens Millionen kolumbianischer Frauen, heißt es in dem Aufruf.

Und: „Wir haben die Herausbildung eines parallelen Staates miterlebt, der faktisch die Institutionen ersetzt, der den alten zivilen Normen neue aufzwingt und komplett das Modell der demokratischen Staatsgewalt zerstört. Die Ökonomie des Krieges bedeutet, dass es mehr arme Frauen in Kolumbien geben wird, dass alle sozialen Programme gekürzt werden, die durch die Frauenbewegung einst erkämpft wurden.“

Man wolle „keine weiteren gewalttätigen Lösungen. Wir fordern zivile Antworten auf die sozialen und bewaffneten Konflikte. Die Militarisierung des Lebens in der Stadt und auf dem Land führt nur zu einem Ausufern der Gewalt und zu neuen Akteuren des Krieges,“ endet der Aufruf zur Demonstration. Er wurde unterzeichnet von der Bewegung Kolumbianischer Frauen für den Frieden, der Nationalen Frauenkonferenz, der Volksfrauenorganisation und dem Nationalen Frauennetz. Quelle: Poonal, www.npla.de

Zusammenstellung: hav

HUSUM. Gegen die drohende Abschiebung einer Familie aus Pakistan fand am 31. Juli in Husum (Schleswig-Holstein) eine Demonstration statt. Es kamen ca. 200, was recht viel ist für Husum. Die 10-jährige Schülerin Tehmina und ihre Familie leben seit 11 Jahren in Husum. Als Angehörige der Religionsgemeinschaft Ahmadiyya wurde die Famlie verfolgt und flüchtete. Seitdem lebt sie in Husum unter ständiger Angst vor willkürlicher Abschiebung. Nun sieht es so aus, dass die sechsköpfige Familie innerhalb kürzester Zeit die BRD verlassen muss. Die Ausländerbehörde legte inzwischen fest, Pakistan sei für sie kein unsicheres Land. Tatsächlich erwartet die als gottlos Angesehenen dort Folter und Mord. – Nach einer Eingangskundgebung um 18 Uhr vor dem Rathaus startete der Demozug. Neben mehreren Transparenten, Flugblättern, Musik und Redebeiträgen wiesen auch ständig und lautstark eine Reihe von Parolen auf die herrschende rassistische Politik hin. Eine der Zwischenkundgebungen wurde vor der Schule von Tehmina gehalten, der Abschluss fand auf dem Marktplatz statt. [www.indymedia.de](http://www.indymedia.de)



## Plattform6 auf der Documenta 11 – noborderZONE in Kassel

KASSEL. Für Freitag, 2. August 2002, riefen VolxTheaterKarawane, eine Delegation der Roma Karawane (im Moment in Düsseldorf), autonome Gruppen und Einzelpersonen aus Kassel (Document A), Italien (Indymedia), Amsterdam, Strasbourg (Syndicat potentiel) zur 24-stündigen Plattform6 der Documenta 11 auf: noborderZONE vor dem Zentrum der Documenta am Friedrichsplatz. Im Mittelpunkt der Plattform6 stand die Forderung nach Bleiberecht für Roma in Deutschland. Erst vor ein paar Tagen sind wieder 20 Roma-Familien in den Kosovo abgeschoben worden. Ihre Situation ist prekär: der drohende Verlust der Toiletten vom Roma Camp in Düsseldorf ist für die Behörden Räumungs- und Abschiebegrund, obwohl sie schon oft seit über 10 Jahren in Deutschland leben, die Kinder in Deutschland aufgewachsen sind, erhalten sie kein Arbeitsrecht und unterliegen der Residenzpflicht. Eine Delegation von 10 Leuten aus Düsseldorf, Männer und Frauen, baute eine kleine Ausstellung direkt neben dem Fridericianum auf, informierte und diskutierte mit interessierten Menschen und schlange stehenden BesucherInnen der Documenta. – Nachdem die VolxTheaterKarawane am Montag dem 29.7. vom Sicherheitsbeauftragten und der Polizei von eben diesem Platz verwiesen worden war, doch in den anschließenden Tagen in Gesprächen mit MitarbeiterInnen der Documenta Unterstützung und grünes Licht vom Sicherheitssprecher für eine weitere Aktion bekam, entschlossen sich die AktivistInnen zur insgesamt 24-stündigen Belagerung und symbolischen noborderZONE-Installation. In der noborderZONE gab es neben dem Infopoint eine Foodzone mit Volzküche am Abend, eine Kidszone, eine Medicalzone und Diskussions- und Workshop-Zone. Drei Busse markierten das Fahrwerk der Karawane. Ca. 50 Menschen, großteils orange, schwarz angezogen oder mit weißen Overalls, schufen in kurzer Zeit einen an-

deren Raum. Der Sicherheitssprecher fühlte sich von der Fülle der Menschen und Zelte überrumpelt und intervenierte. Auch der Geschäftsführer wusste nichts und machte Stress. Okwui Enwazor, künstlerischer Leiter der Documenta, rief aus New York an. Die Kuratorin Ute Meta Bauer und andere MitarbeiterInnen und KünstlerInnen unterstützten und vermittelten. Thomas Hirschorn und andere KünstlerInnen und Documentas diskutierten aufgereggt über Documenta-Hierarchien und das Sicherheitssystem. Eine aufgeregte Nacht alles in allem. Der Anklang der Aktion bei PassantInnen war sehr groß. Es gab viel Interesse und vorübergehende Unterstützung von den Mengen der DocumentabesucherInnen. Eine Platzräumung stand immer im Raum, die Polizei hatte aber vielleicht andere Sorgen. Die Performance wurde durchgezogen, ein Banner mit der Aufschrift „Freedom of movement“ am Dach eines großen Hauses angebracht, es gab kleine Polizei- und Überwachungsaktionen, aber alles sehr friedlich.

<http://zone.noborder.org>

## Demonstration gegen Castorverladungen am Gochsheimer Bahnhof

GOCHSHEIM, SCHWEINFURT. Über 500 Menschen protestierten am 30. Juli. Im Internet waren Transporte angekündigt worden und e.on bestätigte, dass am Mittwoch, 31.07., ein Leerbehälter erwartet würde. Die eigentliche Verladung des Atommülls soll dann laut e.on Ende August/Anfang September stattfinden. Kurz entschlossen meldete der Bund Na-

turschutz, Kreisverband Schweinfurt-Land für den 30. Juli abends eine Mahnwache mit Kundgebung an. Kreisvorsitzender Ernst Bohlig konnte etwa 120 Menschen begrüßen, zum Großteil Mitglieder von Umweltinitiativen und -verbänden. Gegen 21 Uhr setzte sich eine Demonstration von rund 150 Leuten Richtung Plan in Bewegung. Dort vereinigte sich der Zug mit den Gochsheimer BürgerInnen und bewegte sich dann als Fackelzug mit rund 500 Teilnehmenden zurück zum Bahnhof.

Auch wenn stellenweise noch ziemlich unterschiedliche Haltungen zur Atompolitik insgesamt deutlich wurden, war die Demonstration nach übereinstimmender Meinung die bisher breiteste und geschlossenste Aktion der Gochsheimer gegen die Castor-Verladungen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass am nächsten Tag, als der leere Stachelbehälter gegen 12 Uhr mittags anrollte, nur ein kleiner harter Kern von AtomkraftgegnerInnen protestierte. Es bleibt zu hoffen, dass dann, wenn die wirkliche Atommüllverladung in ein paar Wochen stattfindet, der Protest ähnliche Dimensionen annimmt wie bei der Aktion am 30. Juli. Das gleiche gilt natürlich für die am 14. September geplante Demonstration der Umweltverbände und -initiativen in Schweinfurt.

jüw

## Aachener Friedenspreis 2002 für Barbara Lee und Bernhard Nolz

AACHEN. Der Aachener Friedenspreis 2002 wird am 3. September 2002 in der Aula Carolina zu Aachen an Barbara Lee, Kongressabgeordnete der USA und Bernhard Nolz, Gesamtschullehrer aus Siegen, vergeben. Barbara Lee wird besonders geehrt für ihr jahrelanges konsequentes Handeln gegen Krieg sowie für ihre mutige, weitblickende und zukunftsorientierte Ablehnung der Ernächtigung des amerikanischen Präsidenten, den „Krieg gegen den Terror“ mit allen Mitteln führen zu können. Bernhard Nolz, der nach seiner Rede auf der Kundgebung vor ca. 3000 SchülerInnen gegen



Terror, Gewalt und Krieg am 17.9.2001 in Siegen wegen seiner Kritik an der US-Politik unbefristet vom Dienst suspendiert wurde, wird wegen seinem konsequenten pazifistischen Handeln ausgezeichnet, mit dem er dazu beitrage, dass keine Ruhe an der „Heimatfront“ einkehre. Der Aachener Friedenspreis wird getragen von mehr als 300 Einzelpersonlichkeiten und über 50 verschiedenen kirchlichen, politischen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen, lokal, regional wie bundesweit.

[www.aachener-friedenspreis.de](http://www.aachener-friedenspreis.de)

## Verbot von allgemeinpolitischen Äußerungen der Studentenschaft

BERLIN. Die 2. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin hat mit Urteil vom 15.7.02 der Klage von Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin gegen die Studentenschaft dieser Hochschule stattgegeben. Sie hat die Studentenschaft, vertreten durch den ASTA, verurteilt, für die Dauer der Mitgliedschaft der Kläger allgemeinpolitische, nicht spezifisch und unmittelbar hochschulbezogene Äußerungen zu unterlassen sowie es zu unterlassen, derartige Tätigkeiten Dritter zu unterstützen. Die vom Deutschen Bundestag am 4. Juli 2002 beschlossene Änderung des Hochschulrahmengesetzes rechtfertigte keine andere Entscheidung. Das Änderungsgesetz sei bislang noch nicht im Bundesgesetzblatt verkündet worden, also noch nicht in Kraft getreten. Es räume ferner dem Landesgesetzgeber für die Umsetzung eine Frist von drei Jahren ein. In welcher konkreten Form diese Umsetzung geschehe, sei noch nicht absehbar. Außerdem habe auch der Bundesgesetzgeber lt. Begründung des Gesetzentwurfs nicht verkannt, dass die Studentenschaften der Universitäten von Verfassungs wegen kein allgemeinpolitisches Mandat ausüben dürfen. Dies sei bei einer zukünftigen Anwendung des noch zu schaffenden Landesrechts zu berücksichtigen.

Das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit verurteilte den erneuten Versuch weniger Studierender, die politische Arbeit der Studierendenvertretung der HU-Berlin zu kriminalisieren, und protestiert gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts. Trotz der kürzlichen Änderungen des Hochschulrahmengesetzes durch den Bundestag, die eine erste Verbesserung der Situation von Studierendenvertretungen darstellen, wird sich das PM-Bündnis auch weiterhin für eine weitergehende Änderung des § 41 HRG einsetzen, um anderen Studierendenvertretungen den Gang in die Gerichtssäle zu ersparen. „Politische Konflikte müssen auch auf der politischen Ebene ausgefochten werden. Der RefRat muss seine politische Arbeit fortsetzen können und darf nicht von Gerichtsverfahren und die Verhängung von Ordnungsgeldern davon abgehalten werden.“

[www.studis.de/pm](http://www.studis.de/pm)

## „Friedhofsruhe“ statt „Chaostage“ Protest gegen Polizeimaßnahmen

MÜNCHEN. 124 Gewahrsamnahmen, 9 Festnahmen, 559 Platzverweise in München und 477 außerhalb, 1172 Personenkontrollen und 664 außerhalb, 39 Übergaben an den Bundesgrenzschutz, das ist die Bilanz des Polizeieinsatzes anlässlich der im Internet angekündigten Chaostage in München am 2.-4. August. Neben der Stadtratsfraktion der Grünen und der Roten Hilfe München protestierte auch die PDS. In ihrer Erklärung heißt es u.a.: „Die Stadt München ist gegen die Chaostage mit einer sogenannten Allgemeinverfügung vorgegangen. Das Verbot wurde mit der Annahme begründet, den Punks gehe es um die „Vornahme von Randale“. Jetzt werden in der Stadt und im weiten Umkreis Menschen ausschließlich auf Grund ihres Aussehens von der Polizei festgehalten. Wer einer Veranstaltung wie den Chaostagen die „Vornahme von Randale“ als Ziel unterlegt, verkennt, dass Minderheiten das verfassungsmäßige Recht zukommt, ihren Lebensstil vorzuleben und zur Debatte zu stellen. Die Stadt München verkennt, dass die Allgemeinverfügung den betroffenen Menschen jede Rückzugsmöglichkeit absperrt. Sie müssten sich verkleiden, vermummen, ihren Lebensstil verleugnen, um dem polizeilichen Zugriff zu entgehen. Die Allgemeinverfügung und ihr Vollzug durch die Polizei treffen die Punks also in einem empfind-

interpretation der Verfügung durch das Verwaltungsgericht zeigt aber, dass es darum nicht mehr gegangen ist, sondern darum, das staatliche Gewaltmonopol über die Grundrechte der Punks triumphieren zu lassen. Wir sind der Auffassung, dass der ganze Komplex des staatlichen Gewalt-handelns in dieser Sache bürger- und menschenrechtlichen Kriterien nicht standhält. Wir kündigen an, in Zusammenarbeit mit Menschenrechts-Organisationen und Organisationen der Rechtshilfe, namentlich der Roten Hilfe, eine Dokumentation der Vorgänge zusammenzustellen. Es geht uns darum, die Entwicklung einer politischen Linie, die das staatliche Gewaltmonopol total und die Grund- und Menschenrechte minimal ansetzt, zu bekämpfen.“

[www.pds-muenchen-stadtrat.de](http://www.pds-muenchen-stadtrat.de)

## Gymnasium streicht 12 Seiten der Schülerzeitung „Spektrum“

NEUSÄB. Als „schweren Angriff auf die Meinungsfreiheit und lächerlichen Willkürakt der Schulleitung“ bezeichnet die Junge Presse Bayern e.V. (JPB) das Verbot von über zwölf Seiten einer Schülerzeitung am Gymnasium Neusäß (bei Augsburg). Der Verband der bayerischen Jugendmedien sieht in der bayerischen Regelung der Vorsensur von Schülerzeitungen durch die Schulleiter „veraltete und pädagogisch unhaltbare Eingriffe in die Grundrechte bayerischer Schüler“. Bayern ist das einzige Bundesland, welches seine Schülermedien noch nicht dem Landespressegesetz unterstellt hat.

Der Schülerzeitung „Spektrum“ am Justus-von-Liebig-Gymnasium wurde verboten, ein Foto des Erfurt-Attentäters Steinhäuser abzudrucken. In einem als solchen gekennzeichneten Kommentar über einen drohenden neuen Golfkrieg sah die Schulleitung das „Gebot der Völkerversöhnung“ verletzt. Weiter begründete sie ihr rigides Verbot in einer schriftlichen Begründung: „Selbst die freie Presse druckt nicht jede Meinung und jeden Kommentar, sondern behält sich vor zu kürzen.“ Aus Sicht der JPB liegt dies dann aber in der Entscheidungsgewalt der Presse selbst, und nicht in der Macht einer staatlichen Stelle. „Mit dem Vorwand, Schüler vor Konsequenzen und Anzeigen zu schützen, wird radikalzensiert. Die Schuldirektoren vermitteln jedoch im Zuge einer mangelnden juristischen Kompetenz ein fragwürdiges Demokratieverständnis. Wir fordern daher: Schafft die Schülerzeitungszensur endlich auch im Freistaat Bayern ab!“

[www.jpbayern.de](http://www.jpbayern.de)

## Erfolgreiche Politik der Stärke Punker prallen an Festung München ab



lichen Bereich der Menschenwürde. Wer Menschen gezielt verbittern will, muss es genau so machen.

Im Zuge der Allgemeinverfügung wurde auch ein Infostand der PDS verboten, eine Klage der PDS gegen das Verbot blieb ohne Erfolg. Angeblich würde der Infostand die Allgemeinverfügung der Stadt München unterlaufen. Unserer Meinung nach hätte sogar die Allgemeinverfügung durchaus Raum dafür gelassen, dass sich Punks im Rahmen des Rechts in der Stadt bewegen. Die Inter-

pretation der Verfügung durch das Verwaltungsgericht zeigt aber, dass es darum nicht mehr gegangen ist, sondern darum, das staatliche Gewaltmonopol über die Grundrechte der Punks triumphieren zu lassen. Wir sind der Auffassung, dass der ganze Komplex des staatlichen Gewalt-handelns in dieser Sache bürger- und menschenrechtlichen Kriterien nicht standhält. Wir kündigen an, in Zusammenarbeit mit Menschenrechts-Organisationen und Organisationen der Rechtshilfe, namentlich der Roten Hilfe, eine Dokumentation der Vorgänge zusammenzustellen. Es geht uns darum, die Entwicklung einer politischen Linie, die das staatliche Gewaltmonopol total und die Grund- und Menschenrechte minimal ansetzt, zu bekämpfen.“

## **Privatisierungsflut**

# **Müllentsorgung, Marktversagen**

*Die Entsorgung von Müll ist ein lukratives Geschäft, gerade weil sich dieser Teil des gesellschaftlichen Stoffwechsels für marktwirtschaftliche Regulierung nicht eignet. Die zahlenden Nachfrager, die Haushalte, können schon aus technischen Gründen nicht auf den Markt. Sie werden folgerichtig zwangsweise durch die Gebietskörperschaften vertreten, die für sie verhandeln und die Gebühren von ihnen einnehmen. Sind die Preise hoch, wird nicht der Gemeindehaushalt belastet, sondern die privaten Haushalte. Kostenvergleiche zwischen Städten sind wegen der unterschiedlichen technischen Strukturen schwierig. In so einer Konstellation werden Investitionen, durch die sich die Anbieter die verhandlungsfährenden Personen bzw. die Stadtratsmehrheiten, die hinter ihnen stehen, gewogen machen, rentabel. Der Markt muss hier versagen, weil die Kostenträger, die privaten Haushalte, kein Wahl haben. So spricht alles dafür, dass die Kommunen oder Kommunalverbände den Müll in eigenen Regie entsorgen.*

**PDS-Initiative im Stadtrat abgelehnt – Weitere Diskussion nötig**

## **Erhalt der Müllentsorgung in kommunaler Hand!**

Die Entscheidung des Stadtrates über den anstehenden Verkauf von 49 % der Essener Entsorgungsbetriebe (EBe) musste bis in den Herbst verschoben werden. Die Anteile sollen voraussichtlich an Trienekens – jetzt RWE Umwelt – verkauft werden, die das höchste Angebot abgeben. Grund für die Verzögerung sind rechtliche Schritte, die die Firma Rethmann gegen Trienekens/RWE Umwelt eingeleitet hat. Die PDS schlug in dieser Situation vor, die verbleibende Zeit zu nutzen, um Alternativen zum Verkauf zu prüfen.

Angesichts der Vorgänge – Stichwort „Spendenskandal“ und Korruption – ist es notwendig, die Privatisierung des lukrativen Müllgeschäfts neu zu überdenken. Ein interessantes Beispiel, wie es auch ohne Privatisierung geht, ist der kommunale Abfallverband EKOCity in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Aber auch die Skandale in letzter Zeit brachten in Essen kein Umdenken: CDU, SPD, FDP und REP hielten am Verkauf ohne Wenn und Aber fest. Nur die Grünen, die vor zwei Jahren noch unter bestimmten Bedingungen den Verkauf genehmigt hätten, unterstützten den PDS-Antrag.

In der RWE-Zentrale am Opernplatz wird man sich gefreut haben: Es ist schließlich eine Prestigefrage für das RWE, am Konzernsitz den Müllmarkt völlig in die Hand zu bekommen.

### **Auszüge aus der Rede von PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke**

Die Müllentsorgung ist ein äußerst lukratives Geschäft, das zeigt allein der Kampf mit harten Bandagen um die Marktanteile. Kurzfristig kann der Verkauf der EBE-Anteile jetzt 46 Mio.Euro bringen, die im Haushaltsloch verschwinden werden und kein einziges Problem wirklich dauerhaft lösen. Es ist an der Zeit, hier andere Wege, nachhaltige Maßnahmen einzuleiten. Wenn man noch die hochspekulativen US-Lease-Geschäfte dazu nimmt, wird ein Ausverkauf städtischen Eigentums betrieben, der beängstigend ist. Warum sollte Essen die Müllentsorgung nicht in eigener Hand gewinnbringend durchführen können? Warum soll Essen sich die Gewinne mit den privaten Investoren teilen? Ist es

nicht im Interesse der Essener Einwohner, das Geschäft in kommunaler Trägerschaft zu organisieren und anfallende Gewinne zu Gebührensenkungen zu nutzen? Die EBE hat über lange Jahre Gewinne von rd. 10 Mio.DM jährlich erwirtschaftet, die dem Stadthaushalt zu Gute gekommen sind. Warum sollte sich dies nicht mit einem optimierten Betriebskonzept ohne die Teilprivatisierung erreichen lassen?

In unmittelbarer Nachbarschaft gehen einige Städte und Kreis einen anderen Weg. Bochum, Herne, Wuppertal und andere gründen den kommunalen Abfallwirtschaftsverband EKOCity. Bewusst setzt der Verband darauf, ohne private Konzerne auszukommen. Langfristig will man günstige Preise sichern. Ein Anliegen, dem auch wir im Interesse unserer aller Geldbeutel Rechnung tragen sollten.

### **Kein Verkauf vor Abschluss der Ermittlungen**

Selbst wer anders als wir eine Privatisierung öffentlichen Eigentum für sinnvoll hält, im Augenblick an RWE/Trienekens zu verkaufen, geht gar nicht. Zunächst müssen alle laufenden Verfahren, einschließlich der anhängigen Strafverfahren, abgeschlossen sein. Finanzminister Steinbrück hat bereits vor Monaten für den Fall der Bestätigung von Vorwürfen im Kölner Spendenskandal den Abschluss der Firma von öffentlichen Aufträgen angekündigt. Und ob die Manager von RWE Umwelt tatsächlich für andere Geschäftspraktiken stehen, ist noch nicht erwiesen. RWE Umwelt-Chef Bernard M.Kemper ist die Verhaftung von Hellmut Trienekens jedenfalls peinlich.

Kemper hatte nämlich noch wenige Tage vorher verkündet, er habe keine Hinweise auf „strafrechtlich relevante Altlasten“ bei Trienekens. Da wird er wohl noch mal nach recherchieren müssen.

Trienekens ist ein Bieter mit äußerst zweifelhaften und teilweise strafbewehrten Geschäftspraktiken. Der bisherige Firmeneigentümer Hellmut Trienekens, in der Müllbranche seit langem auch als „Ölkannen-Hellmut“ bekannt, sitzt wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur Besteckung sowie der Steuerhinterziehung in U-Haft.(Seine Geschäfte liefen – so kann man es hier wohl mit Fug und Recht sagen – lange „wie geschmiert“.)

Wir können die Gründe, wegen denen Rethmann jetzt den Verkauf an Trienekens rechtlich angreift, gut nachvollziehen. Um mit der EU-Kommission anfangen: Rethmann spricht von ungefertigten Subventionen, weil der 49,9%-Anteil an den Kölner Abfallwirtschaftsbetrieben an Trienekens verkauft wurde, obwohl Rethmanns Gebot um 20 Mio. Euro höher lag. Den Verkauf der Anteile an der AWB als Kompensation zum Essener Geschäft anzubieten ist zweifelhaft: Schließlich lief beim Abschluss nicht alles legal, wie heute bekannt ist. Bekommt Rethmann Recht, wäre die Genehmigung des Kartellamtes hinfällig. Und es wäre nicht das erste Mal, dass Rethmann sich rechtlich durchsetzt.

### **Kartellrechtlich zweifelhaft**

Die vollständige Übernahme durch RWE schafft darüber hinaus eine neue, aus unserer Sicht problematische Lage in kartellrechtlicher Hinsicht. Zum Zeitpunkt der Entscheidung des Kartellamtes war Trienekens noch selbstständig, jetzt gehört es zu 100% RWE Umwelt. RWE Umwelt beherrscht nun das Müllgeschäft in NRW zu ungefähr 40%. Von mehr „Markt“ zu sprechen, der durch die Privatisierungen hergestellt werden soll, wie es vor allem die CDU gern tut, ist angesichts der monopolarigen Stellung des RWE ein schlechter Witz. Europaweit steht RWE auf Platz 3 als Entsorgungsdienstleister. Ein Verkauf kommt also im Moment nicht in Betracht. Bleibt die Frage: Was passiert in der Zwischenzeit bis zur endgültigen Aufklärung?

Unser Vorschlag liegt auf dem Tisch. Wir wollen eine Überprüfung des bisher eingeschlagenen Weges der Teilprivatisierung. In Münster war vor wenigen Wochen ein Bürgerbegehren gegen den Teilverkauf der Stadtwerke erfolgreich. Auch in anderen Städten haben Bürgerbewegungen erfolgreich gegen Verkäufe mobil gemacht. Für uns ein Zeichen, dass die Bürger und Bürgerinnen den Ausverkauf ihres Eigentums immer kritischer sehen. Im Interesse der nachhaltigen Entwicklung der Lebensverhältnisse in dieser Stadt muss der eingeschlagene Weg der Privatisierung überprüft werden.  
*StadtRotInfo 14/2002, Zeitung der PDS Offene Liste im Rat der Stadt Essen*

## Privatisierung um jeden Preis

Der Atomkonsens macht möglich. Die Atomkonzern können weiter mit ihren Rückstellungen für den AKW-Rückbau neue Monopole aufbauen. Der Einkauf in die Pinneberger Müllentsorgung ist ein weiterer Baustein in dieser Politik. Der parteilose Kreistagsabgeordnete Rainer Darkow berichtet.

Bisher lag die Müllentsorgung im Kreis Pinneberg in der Hand der GAB. Diese gehörte zu 100 Prozent dem Kreis Pinneberg. Von der GAB und ihren Töchtern wurde die Müllverbrennungsanlage, eine Kompostierungsanlage, die Abfuhr des Mülls (bei 80.000 von 280.000 Einwohnern) sowie ein Teil der Sondermüllentsorgung übernommen. Außerdem war die GAB Vertragspartner von DSD („Grüner Punkt“) für den Kreis Pinneberg. Mit den Kreisen Steinburg und Dithmarschen gibt es den sogenannten AUE-Vertrag, der besagt, dass ab 2005 der Müll aus den Kreisen auch in Ahrenlohe (in der MVA) verbrannt wird.

Vor etwas mehr als zwei Jahren wurden dann die Bestrebungen des Landrates Harms konkreter, in die GAB auch Private einzubeziehen. Zwei potentielle Käufer wurden vom Aufsichtsrat der GAB per Rundflug durch Deutschland begutachtet. Doch schnell wurde klar, dass es mehr Interessenten gab. Also wurde eine Firma eingeschaltet, die ein „Käuferfindungsverfahren“ durchführen sollte. Eine Ausschreibung fand nicht statt. „Alle potentiellen Käufer wissen Bescheid“, hieß es. Was danach passierte, ist nicht so ganz klar, denn die Kreispolitiker erfuhren davon wenig, es sei denn, sie waren Mitglieder des Aufsichtsrates. Und diesen Mitgliedern wurde unter anderem mit Haftstrafen gedroht, wenn sie etwas aus dem Aufsichtsrat herausgeben. (...)

### Kreistag verzichtet auf 20 Millionen

Dem Kreistag wurde dann ein Angebot der RWE vorgelegt. Für 49 Prozent der GAB Anteile sollte der Kreis 43 Millionen DM erhalten. Die Rendite für RWE sollte bei 8 Prozent liegen. (Eigentlich sind 10-15 Prozent üblich.) Die RWE hofft aber wohl auf eine Ausweitung des Geschäftes. So sollte z.B. nach Ablauf der Verträge die Müllabfuhr auf den ganzen Kreis ausgedehnt werden. Zur entscheidenden Kreistagssitzung war den Kreistagsabgeordneten aber auch bekannt, dass ein anderer Anbieter, die Firma Rethman, dem Kreis über zwanzig Millionen mehr geboten hat. Es wurde jedoch zu Gunsten von RWE entschieden.

### Bestechung auch im Kreis Pinneberg?

In Hamburg fand ein Prozess statt, der auch den Kreis Pinneberg berührte. Dr. Reimer, ehemaliger Mitinhaber des MVA-Planungsbüros Göpfert, Reimer und →



**Die Kölner MVA verbrennt mehr Müll als beschlossen – Rat wurde ausgehebelt**

## Neues Abfallwirtschaftskonzept muss auf den Tisch

Am Wochenende des 6./7. Juli 2002 berichtete die *Süddeutsche Zeitung*, dass die AVG im September 2000 vom Regierungspräsidenten Köln die Genehmigung erhalten hat, in der Müllverbrennungsanlage Köln statt der ursprünglich geplanten 421.000 t/Jahr bis zu 569.000 t/Jahr zu verbrennen. Der Rat der Stadt wurde über diese Angelegenheit zu keinem Zeitpunkt informiert. Darüber hinaus wurde bekannt, dass die AVG in 2001 tatsächlich 658.145 t Müll verbrannt hat und damit ca. 90.000 t/Jahr mehr als genehmigt. Inzwischen hat die Bürgerinitiative KIMM Strafanzeige erstattet und vermutet, dass die Kölnerinnen und Kölner zu hohe Gebühren gezahlt haben, weil die Müllverbrennungsanlage überdimensioniert ist.

Mit dem Thema befasste sich dann der Rat der Stadt Köln in einer Aktuellen Stunde, die die Grünen und die CDU beantragten. PDS, Grüne und SPD hatten Fragen an die Verwaltung gerichtet, die zu Beginn vom Wirtschaftsdezernenten beantwortet wurden. Zum Ärger vieler Ratsmitglieder, bezog er sich auf diese und jene Dokumente und erklärte, dass die Ratsmitglieder schon frühzeitig über alle Vorgänge unterrichtet waren.

Harald Junge, Grüner und Mitglied im Aufsichtsrat der AVG, bestätigte faktisch diese Fehlinterpretation, indem er mitteilte, dass er von der Erhöhung der Tonnage unterrichtet war und als einzigstes Aufsichtsratsmitglied gegen eine höhere Auslastung der MVA gestimmt hatte.

Prof. Bietmann von der CDU ergriff in seinem Redebeitrag die Flucht nach vorne: Er kritisierte massiv die Verwaltung, dass sie am Rat vorbei einen anderen Müllpolitik eingeschlagen habe. Das 1993 verabschiedete Abfallwirtschaftskonzept geht von einer Abfallmenge von 421 000 Tonnen aus. Und dann schlussfolgerte Bietmann: Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln haben ein Anrecht darauf, den Vorgang aufzuklären: „Sie alle, ... zahlen möglicherweise für eine zu große Anlage zu hohe Gebühren.“

Bietmann als Anwalt der Kölner? Die PDS konterte und verwies darauf, dass die Umweltdezernenten von der Mühlen und Schröder immer ein CDU-Partei-buch hatten und in alle Vorgänge eingeweiht waren bzw. sie mitgetragen haben. Ein CDU-Ratsmitglied sitzt seit vielen Jahren im Aufsichtsrat.

Jörg Frank von den Grünen verwies darauf, dass die Verwaltung über viele Jahre hinweg eine „Suggestion“ aufgebaut habe, dass die Berechnungen nur über die Tonnage laufen. Entscheidend sei aber der Heizwert der Anlage.

Der Rat verabschiedete einen Prüfauftrag an ein unabhängiges Gremium, die Vorwürfe zu überprüfen. Faktisch muss aber ein neues Abfallwirtschaftskonzept für Köln auf den Tisch. Dann muss auch geklärt werden, ob ein Holzsystem und eine Biotonne eingeführt werden, damit die Müllmenge, die in der MVA verbrannt wird, reduziert werden kann. jöd

→ Partner soll Steuern hinterzogen haben. Von der Staatsanwaltschaft waren in seinem Ferienhaus am Mittelmeer Unterlagen beschlagnahmt worden, aus denen Zahlungen an ihn hervorgehen sollen. In diesen Unterlagen kam auch Pinneberg vor. Über 1 Million soll in drei Beträgen geflossen sein. Dr. Reimer behauptet nun unter anderem, diese Gelder brauchte er gar nicht zu versteuern, da er sie ja nur an Kommunalpolitiker zur „Beamtung“ weitergegeben hat ...

Die RWE ist schon in einer ganzen Reihe von Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein in den einzelnen Abfallgesellschaften beteiligt. Durch die Ausweitung ihres Wirkungsbereiches auf die Kreise Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg geht ohne die RWE in Schleswig-Holstein bald nichts mehr. Die RWE kann die Abfallpolitik im Lande diktieren. Die Firma Rethman hingegen hatte ein Interesse daran, in Schleswig-Holstein Fuß zu fassen. Daher auch das hohe Angebot. Mit einem neuen Anbieter hätte es in Schleswig-Holstein einen Wettbewerb gegeben. Mit RWE hält nicht.

#### **Die BürgerInnen zahlen für RWE-Profit**

Ohne Wettbewerb wird es in Schleswig-Holstein vermutlich für alle teurer. Im Kreis Pinneberg ist es jedoch extrem. Die Zahlungen des Kreises an die GAB für die nächsten 15 Jahre wurde aus den durchschnittlichen Zahlungen der letzten drei Jahre ermittelt. In diesen drei Jahren gingen die Kosten von weit über 300 DM/Tonne auf 245 DM/Tonne runter.

Dieser Durchschnittspreis wurde mit dem jetzigen Müllaufkommen (70.000 Tonnen/Jahr) multipliziert und als Festpreis für die nächsten drei Jahre festgeschrieben. Nach diesen drei Jahren steigt der Preis um jeweils 1,5 Prozent. Dieser Preis muss aber bezahlt werden, egal ob 70.000 Tonnen oder auch nur eine Tonne Müll anfällt. Da das Müllaufkommen in den letzten Jahrzehnten immer gefallen ist, bedeutet dies für die GebührenzahlerInnen erhebliche Steigerungen.

Dabei könnten die Müllgebühren fallen. 1988 wurde die MVA für 80 Millionen DM saniert. Diese Gelder wurden über 15 Jahre abgeschrieben. Um 50-70 Mark könnte die Tonne Müll im nächsten Jahr also billiger werden. Doch diese Gelder gehen nun in den Gewinn der RWE.

Mit diesem Vertrag hätte die RWE 60 Prozent der Mülleinsammlung in Schleswig-Holstein unter Kontrolle. Daher mischte sich das Kartellamt ein. Von RWE und dem Landrat wurden zunächst einige unwirksame Schritte unternommen, um diesen Vertrag doch durch zu bekommen. Da alles nichts brachte, wurde in einer kurzfristig einberufenen geheimen Kreistagssitzung beschlossen, die Ausweitung der Müllabfuhr erst mal auszuklammern.

Bei einer späteren Ausschreibung würde das Kartellamt dann nicht mehr

gehört. RWE hätte bei dieser aber den Vorteil, dass sie ja schon einen Teil des Mülls abfährt, und somit die Logistik im Kreis schon vorhält. In dem Kreistags-Beschluss wurde jedoch ausdrücklich auf die Ausklammerung der HAMEG (die GAB-Tochter, die den Müll bisher einsammelt) aus dem Vertrag verzichtet (...).

#### **Der Landrat macht, was er will ...**

Die RWE dachte natürlich gar nicht daran, woanders auf die Müllabfuhr zu verzichten. Und so reichte dieser KT-Beschluss dem Kartellamt auch noch nicht.

Daraufhin kaufte Landrat Harms per Eilentscheidung die HAMEG von der GAB. Für die Beteiligung oder den Kauf von Firmen ist nach der Kreisordnung eigentlich der Kreistag zuständig. Doch das störte Harms nicht. Diese Entscheidung ließ er sich im für Kreistagsabgeordnete nicht zugänglichen Aufsichtsrat der GAB genehmigen. Wenige Minuten vorher fand eine Sitzung des Hauptausschusses statt, auf der er kein Wort darüber verlor.

#### **... der Innenminister röhrt sich nicht**

Eine Entscheidung eines Kreises in dieser Größenordnung muss von der Kommunalaufsicht, in diesem Fall dem Innenminister, genehmigt werden. Dieser hat dem Vorgehen bisher nicht widersprochen. Dies kann daran gelegen haben, dass in den dem Innenminister vorgelegten Protokollen wesentliche Inhalte fehlen. Zum Beispiel, dass ein Anbieter 20 Millionen DM mehr geboten hat. Doch auch auf meine Nachfragen beim Minister habe ich bisher außer einer Eingangsbestätigung keine Antwort bekommen. Noch nicht mal auf die Frage, wann ich eine Antwort bekomme.

Bei diesem Geschäft bleiben viele Fragen offen:

*Warum wurde so ein undurchsichtiges Ausschreibungsverfahren gewählt? Warum muss es unbedingt RWE sein? Warum wird auf 20 Millionen verzichtet? Warum müssen die GebührenzahlerInnen mehr anstatt weniger bezahlen?*

Diese Fragen stellt sich der Kreistagsabgeordnete Rainer Darkow

PS: Landrat Harms (dessen Amtszeit in Kürze endet), ließ sich schon mal als Person Harms zum Aufsichtsratsvorsitzenden der neuen GAB (mit RWE) wählen.

PPS: Das Oberlandesgericht Düsseldorf erließ auf Antrag der Firma Rethmann eine Einstweilige Verfügung gegen den Deal. Damit liegen die 22 Millionen Euro erstmal auf Eis. Wann das Geschäft rechtskräftig wird, ist ungewiss. Es kann sein, in einem Monat, es kann aber auch ein Jahr oder länger dauern.

Weitere Informationen über dieses Thema auch unter [www.rainer-darkow.de](http://www.rainer-darkow.de).

*Aus Zeitschrift „Gegenwind, Politik und Kultur in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern“, August 2002,*

**Bedarfsgerechte Öffnungszeiten:** MANNHEIM. Aus einer Umfrage des Stadtteilernbeirates bei allen Eltern, an der sich etwa 38% beteiligten, geht hervor, dass ein großer Teil der Eltern, besonders in den Ganztageseinrichtungen, einen Bedarf an früherer täglicher sowie auch späterer täglicher Öffnungszeit haben. Ebenso hält es knapp die Hälfte der Eltern für notwendig, eine Veränderung bei der Sommerschließungszeit vorzunehmen. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten dürfe jedoch nicht zu Lasten der pädagogischen Qualität zu diesen Zeiten gehen.

*Kommunal-Info Mannheim, Details bei [www.STEBmannheim.de](http://www.STEBmannheim.de)*

**Ökologische Energieversorgung:** SCHWEINFURT. In einem Offenen Brief an die Oberbürgermeisterin und die Stadträte hat die Bürgeraktion Umwelt- und Lebensschutz/Bürgerinitiative gegen Atomanlagen BA-BI sich dafür ausgesprochen, die Energieversorgung für den geplanten Bau eines neuen Hallenbades durch ein Blockheizkraftwerk in Verbindung mit einer Solarthermie zu gestalten. Für die Entwicklung des Gewerbegebietes Maintal schlägt die BA-BI eine Fernwärmeverversorgung statt der geplanten Gasversorgung vor. Die SPD-Stadtratsfraktion hat für diese Vorschläge ihre Unterstützung angekündigt.

*Nachrichten & standpunkte, Arbeiterzeitung für die Region Schweinfurt*

**Gegen Kürzungen:** OLDENBURG. Mit Infoständen vor dem Rathaus informierte „Oldenburg 2000“ unter dem Motto „das soziale Oldenburg - auf der Straße!“ über die Situation der in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Gruppen, Organisationen und Einrichtungen. „Wir wollten die Öffentlichkeit nochmals auf unsere Lage aufmerksam machen: schon die bisherigen Kürzungen im Sozialrat des städtischen Haushalts 2002 haben zu einer akuten Bedrohung der Arbeit einiger Einrichtungen geführt,“ erläutert Michael Bättig für „Oldenburg 2000“. Dabei sei der 2002er Haushalt noch nicht einmal von der Bezirksregierung genehmigt; mit weiteren Kürzungen für dieses Jahr sei also zu rechnen. Für 2003 habe die Verwaltung bereits einen Haushaltsentwurf angekündigt, in dem die Politik der Einschnitte in die soziale Infrastruktur verschärft fortgesetzt werde.

„Oldenburg 2000“ wird deshalb auch in Zukunft jeden Donnerstag von 15 bis 18 Uhr vor dem Rathaus präsent sein. „Dass Menschen, die von Sozialhilfe leben müssen, zum Beispiel nicht einmal mehr die städtischen Bäder kostenlos nutzen dürfen, ist ein Skandal, den wir nicht widerspruchslos hinnehmen werden.“

*[www.pds-oldenburg.de](http://www.pds-oldenburg.de)*

**Integrationsrat kriegt weniger Geld: GÖTTINGEN.** Nach der Kürzung von 1999 um 10.000 DM werden die Fördermittel „für die kulturellen Aktivitäten ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner in Göttingen“ nun schon wieder um weitere 5.000 DM zugeschlagen. „Übrig bleibt“, so der Integrationsrat, „der Betrag in Höhe von 19.000 DM bzw. 9.700 Euro“ (was etwa 0,65 Euro pro ausländischem Bürger bzw. Bürgerin entspricht). Gerade die vom rechten Rand bis in die Mitte der Gesellschaft reichende latente ausländerfeindliche bis rassistische Haltung in der Gesellschaft dieses Landes macht die Arbeit solcher Vereine und Initiativen so wichtig. Statt diese aber zu fördern, versuchen CDU und SPD, den Stadthaushalt mittels Kürzung bei einer der schwächsten gesellschaftlichen Gruppen zu „sanieren“ (wobei von „Sanierung“ ohnehin nur symbolisch die Rede sein kann - bei einem Betrag von 5.000 DM gegenüber einem Schuldenberg in neunstelliger Höhe). Göttingen liegt damit ganz im „mainstream“: Weg mit der Minderheitenkultur (Junges Theater, musa, Lumieré), her mit der sog. „deutschen Leitkultur“ (Deutsches Theater, GSO, Händel-Festspiele). Und: Sparen auf Kosten von Minderheiten.

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

**Difu-Studie: Städte zunehmend rund um die Uhr aktiv:** BERLIN. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, stellt in einer soeben veröffentlichten Studie am Beispiel der drei Fallstudienstädte Berlin, Frankfurt/Main und Wien mögliche Folgen einer Nonstop-Aktivität dar. Besonders alarmierend sind hierbei die Erkenntnisse aus der Schlaf- und Unfallforschung: Weltweit passiert ein erheblicher Anteil von Unfällen durch Übermüdung - verursacht durch zu lange Arbeitszeiten und Nacharbeit. Diese Unfälle - z.B. Umweltschäden durch Fabrik- oder Atomkraftwerkshavarien, Verkehrsunfälle, Flugzeugabstürze oder Gesundheitsschäden, die durch ständige Nacharbeit hervorgerufen wurden - verursachen enorme gesellschaftliche Kosten, die bisher überwiegend von der Allgemeinheit bezahlt werden. Sollte sich dieser Trend zur Ausdehnung von Arbeitszeiten in ehemalige Ruhephasen noch weiter verstärken, so wird auch die Anzahl solcher Schäden weiter steigen. Eine wichtige Herausforderung an Politik und Gesetzgeber besteht daher darin, diese Schäden nicht nur zu reduzieren - vielmehr kommt es darauf an, die Kosten auch dem jeweiligen Verursacher anzulasten.

Ein Rezensionsexemplar der Studie kann bei der difu-Pressestelle angefordert werden.

[www.difu.de](http://www.difu.de)

Zusammenstellung: ulj

## Neues aus der Siemenswelt in Augsburg

# Stellenabbau bei Siemens geht weiter

Im Juni und Juli 2002 wurde die Belegschaft bei Siemens wieder unterrichtet, dass Stellenabbau und Umorganisation anstehen. Diesmal sind die Kollegen und Kolleginnen aus den Bereichen I&S (Industrial Solutions and Services), ICN (Information and Communication) und SBT (Siemens Building Technologies) betroffen.

Das steht an: Große Teile der Produktion werden nicht mehr zum „Kerngeschäft“ von Siemens gerechnet. Produktion von Flachbaugruppen und Montagearbeiten werden ausgegliedert in GmbH. Bisher bestehende GmbH-Bereiche aus mehrheitlichen Siemens-Beteiligungen werden ganz verkauft ohne mehrheitliche Siemens-Beteiligung.

Das heißt genauer: Stellenabbau für ca. 5.000 Beschäftigte. Sogenannte „Arbeitsplatz erhaltende“ Umorganisation (Überführung in GmbH) für 12.000 Beschäftigte. „Sozial verträglicher Stellenabbau“ für alle über 55 Jahre. Die Zahl der Betroffenen steht gleich auf den Folien notiert.

Die Methode ist noch eine Gangart schärfer als bisher bei Siemens praktiziert. Der neue Vorstand, der für diese „Restrukturierung“ zuständig ist, Ole Haselstaedt, treibt alle Bemühungen in kleinstem Kreis voran und informiert dann nahezu zeitgleich Vorgesetzte in den Bereichen, Betriebsrat und Belegschaft über mail. Dies dann noch zynischerweise unter der schon länger ausgegebenen Parole „WE CAN DO IT TOGETHER“. Plakate mit diesem Werbespruch hängen schon seit einigen Monaten in den Betrieben aus, nur verstanden die (noch) Beschäftigten das etwas anders.

Als neue Variante wurde im Juli noch eins draufgesetzt, indem die Verkündigung in einer Intranet Live-Übertragung von Ole Haselstaedt in Szene gesetzt wurde. Die Übertragung fand dann z.B. in Augsburg über Großleinwand und Beamer statt. Die Qualität war miserabel - in Form und Inhalt. Es kam nicht viel Neues durch, obendrein war das Deutsch des Dänen Ole H. nur schwer zu verstehen. Die erklärenden Folien tauchten erst auf, nachdem die Hälfte der Verkündigung gelaufen war. Dafür durften Fragen sofort per Intranet-Chat abgesetzt werden. Am Nachmittag gegen 15 Uhr wurden sie dann beantwortet. Die meisten Kollegen der Produktion hatten den Arbeitstag da schon hinter sich. Die Methode, im Firmenkino mitzuerleben, wie das Boot, in dem man rudert, angebohrt wird, hat schon einen ganz besonderen Charme.

### Was ist die Bedeutung der Botschaften?

Das Programm heißt Neuausrichtung der Bereiche und soll bis 2003 abgewickelt sein. Für ca. 5.000 Beschäftigte steht direkte Kündigung an. Ein Teil der Belegschaft in den bisherigen Siemens-GmbH-Gesellschaften (wie z.B. FEAG) wird verkauft. Die Geschäfte gehen



150 protestierten am 22. Juli 2002 in Augsburg gegen „Absägen“ von Mitarbeitern.

Protest gegen den Stellenabbau in der Augsburger Zweigniederlassung des Siemens-Konzerns. Betriebsräte und Gewerkschafter werfen dem Vorstand Aktionsmus vor.



schlecht, die miserable Konjunktur tut ihr Übriges. Offiziell heißt das: Arbeitsplatz erhaltende Maßnahme. Die Betroffenen wissen, dass dies das Aus bedeutet – nur eben nicht mehr unter dem Namen Siemens.

Ein Teil der Belegschaft wird in neue GmbH-Gesellschaften ausgegliedert, zunächst unter dem Siemens-Dach, dann anschließend folgt die Veräußerung. Die Vorbereitungen laufen schon unter anderer Überschrift seit einigen Monaten. Dabei wurden drei regionale Elektronikfertigungen von EDM ganz geschlossen.

Bedeutung für Augsburg: Hier ist ein Teil der Belegschaft von wegfallenden Montagearbeiten und Änderungen beim Service betroffen. Das bedeutet Ausgliederung und Kündigung. Der Bereich Elektronikfertigung EDM (ca. 50 Beschäftigte) wird zum 1.1.03 in eine GmbH übergeben mit dem Ziel, zum 1.4.03 verkauft zu werden. Das soll ebenfalls die „Arbeitsplatz erhaltende Maßnahme“ sein. In Augsburg wissen die Kolleginnen und Kollegen allerdings ganz genau, was das heißen kann: Raus bei Siemens, raus aus dem Tarifvertrag, wenn es schief geht mit einer GmbH, raus ohne die bei Siemens doch noch teilweise abgesicherten Abfindungen. Das geht so: Siemens steckt in die Bereiche noch einige Millionen Euro, spart dann aber das Vielfache an Abfindungen. Beispiel sind die Bereiche Leiterplattenfertigung und I-Center (Installations-Großhandel) auf dem Siemens Technopark Gelände in Augsburg.

Die örtlichen Betriebsräte haben den Gesamtbetriebsrat beauftragt, und der hat jetzt eingegriffen. So gab es am 22. Juli an einigen Standorten Kundgebungen, bevor der Aufsichtsrat wieder tagte. In Augsburg wurde bei Anwesenheit der Presse durch eine kleine Aufführung die „Salamitaktik“ von Siemens dargestellt und verurteilt. Der Vertreter der IGM ebenfalls starke Kritik am Vorgehen der Firma.

Was hat Siemens vor? Es kann darüber mit einiger Wahrscheinlichkeit spekuliert werden. In einer Studie der AG ist vermerkt, dass es ab 2004/2005 keine Werke für Baugruppenfertigung oder Montage mehr geben wird. Das lässt den Schluss zu, dass auch Bereiche mit bis-

her großer Fertigung (Fürth, Erlangen, Karlsruhe) des Bereiches A&D (Automation and Drives) oder Medizintechnik als nächste dran kommen. Damit hat Siemens dann die wesentlichen Fertigungen stillgelegt oder verkauft. Der Trend zur Holding ist deutlich. Damit werden über die AG nur noch Projekte abgewickelt. Das lässt sich z.B. an den internen Schulungsmaßnahmen ablesen, die Projektmanagement deutlich in den Vordergrund stellen.

Somit werden für die Herren Pierer & Co. die Prognosen für Umsatz und Ertrag treffsicherer (so ist auch erklärlich, weshalb EPCOS und INFINEON mit ihren stark schwankenden und schwer prognostizierbaren Erträgen gehen mussten). Dies beschert in dem Ranking (Bewertung durch die Banken/Analysten) eine bessere Einstufung. Damit wird aber die Geldbeschaffung für große Projekte leichter (besserer Zinssatz). Notwendig scheint dies, da die liquiden Mittel der AG nicht mehr so glänzen wie früher. Das Tafelsilber wurde bereits verscherbelt mit Einkäufen in USA, Nixdorf usw., die nicht so sonderlich erfolgreich aber teuer waren.

Die Betriebswirtschaftler von Siemens rechnen also die Arbeitsplätze weg, das Top-Management zieht diese Pläne zügig und in aller Härte durch. Für Belegschaft und Betriebsrat wird das ein langer und dorniger Weg sein.

Das berechtigte Interesse der Belegschaft zu wissen, wer denn als Käufer für die Bereiche auftritt, wird zur Kenntnis genommen – Meldung dazu kommt keine von der Firmenspitze. So wuchern die Gerüchte und Unsicherheiten. Da aber nur wenige Käufer weltweit in Frage kommen, ergeben sich spekulativ merkwürdige Übereinstimmungen mit Vorgängen in der Beteiligungs-Tochter Fujitsu Siemens Computers. Dort laufen die Verträge mit FLEXTRONIC über Fertigung von PC-Elektronik-Komponenten demnächst aus. Es besteht also die Möglichkeit für Siemens, hier einiges zusammenzuwerfen – nur eben außerhalb der AG. Die Belegschaften empfinden sich als Spielball der Finanzstrategen. Widerstand dagegen ist angesagt und entwickelt sich.

Curitiba, Brasilien, 23.05.2002

## Betriebsrat? Nein, so etwas kennen wir bei uns nicht

Brasilianische Siemens-Angestellte können von den Errungenschaften ihrer deutschen Kollegen nur träumen.

„Einen Betriebsrat? Nein, so etwas gibt es bei uns nicht“. Was in Deutschland selbstverständlich ist, gilt in den meisten Siemens-Betrieben im Ausland noch lange nicht. Löhne und Arbeitsbedingungen sind meistens eng an das Niveau vor Ort angepasst. Und das variiert in den mehr als 190 Ländern in Europa, Asien, Afrika, Nord- und Lateinamerika, in denen Siemens einen Sitz hat. Siemens-Dialog besuchte eine Siemens Fabrik in Südbrasiliens, die in Zukunft eine große Rolle im I & C-Bereich spielen soll, um die unterschiedlichen Standards im Arbeitsbereich aufzuzeigen.

Am Haupteingang von Siemens Curitiba weht eine weiße Flagge mit dem weltweit bekannten grünen SIEMENS-Schriftzug. Doch der Empfang bei Siemens in Curitiba ist dennoch typisch brasiliens: Auf einem Tisch neben der Besucher-Couch stehen zwei Thermoskanne mit „Cafézinho“. Diesen schwarzen zuckersüßen Mokka trinken die Brasiliener bei jeder Gelegenheit.

„Siemens do Brasil“ hat die brasiliensche Kaffee-Manie schon lange übernommen. Der deutsche Großkonzern ist immerhin schon über 100 Jahre im Lande. 1867 leistete Siemens Pionierarbeit im Urwald Südamerikas: Die Firma baute die erste Telegrafenlinie, die die damalige Hauptstadt Rio de Janeiro mit dem Süden verband. Inzwischen ist Siemens in keinem Land Lateinamerikas so stark vertreten wie in Brasilien:

„Siemens do Brasil“ hat rund 7900 Mitarbeiter an 13 Standorten. Information & Communications, Automation and Control, Medical Power und Transportation and Lighting gehören zu den Hauptaktivitäten. Mit rund 2000 Mitarbeitern ist die Fabrik in Siemens Curitiba der zweitgrößte Produktionsstandort im Telekommunikationsbereich. Für das neue GSM-Netz (Global System for Mobile Communications) fertigt sie Handys und stellt die nötige Netz-Infrastruktur her.

Dass Umweltschutz und deutsche Unternehmenskultur großgeschrieben werden, davon zeugen zwei Wandtafeln mit der Erklärung der Firma, die nachhaltige Entwicklung Brasiliens fördern zu wollen – political correctness in Rein-Kultur. „Das sind schöne Worte“, sagt dazu der Gewerkschafter Nelson Jung, der Techniker bei Siemens ist: „Doch noch schöner wäre es, wenn Siemens uns hier wie in Deutschland bezahlen würde.“

Die Siemens-Fabrik liegt am südlichen Stadtrand von Curitiba (2,2 Millionen Einwohner). Die Firma bildet eine

echte Stadt in der Stadt. Im Hauptgebäude sind neben den Büros zwei Arztpraxen, zwei Behandlungsräume von Zahnärzten, eine Bankfiliale und eine Apotheke untergebracht. Der Bau geht in eine 250 Meter lange Produktionshalle über. Hier bauen circa 500 Arbeiter Schaltschränke für das öffentliche Telefonnetz zusammen. In weißen Kitteln stehen sie vor ihren Werkbänken, fragile Bauteile in der Hand. „Für die minutiöse Handarbeit eignen sich Frauenhände am besten, deshalb haben wir 60 Prozent weibliche Mitarbeiter“, sagt Eber Machado, der Direktor von Siemens Curitiba.

Der Boss, der gut deutsch spricht und einige Jahre bei Siemens in Witten angestellt war, ist ein ruhiger, sympathischer und souveräner Mann. Er ist stolz auf die Einführung der Arbeitsgymnastik nach japanischem Vorbild bei Siemens Curitiba. In seiner Firma gibt es zweimal am Tag eine Arbeitspause von 15 Minuten für die Gruppengymnastik - Kopfrollen und Dehnübungen unter Anleitung geschulter Kollegen.

Die Gymnastik beugt gegen die Überlastung der Gelenke und Muskeln vor. Doch gegen die internationale Krise in der IT-Branche, an der auch Siemens Curitiba krankt, hilft erst mal nichts als die Hoffnung auf eine Erholung der Konjunktur. Über 200 Mitarbeiter musste Siemens-Chef Eber Machado in den letzten sechs Monaten entlassen. Der 3-Schicht-Betrieb in der Produktion wurde auf einen Ein-Schicht-Betrieb zurückgefahren.

Im brasilianischen Siemens-Betrieb verdient ein einfacher Arbeiter, wenn es hoch kommt, 400 Euro im Monat, ein Techniker 790 Euro, ein Verwaltungsassistent rund 1200 Euro und ein Abteilungsleiter ab 3000 Euro. Warum die brasilianischen Löhne nicht höher sind, wo doch Lebensmittel und Kleidung in Brasilien genauso viel kosten wie in Deutschland? „Unsere Konkurrenz Ericsson, Alcatel und andere zahlen auch nicht mehr. Ganz einfach, weil man in Brasilien nicht besser zahlen muss“, antwortet der Siemens-Chef, „es gibt genug Leute, die den Job auch für wenig Geld wollen.“

Die Siemensianer in Brasilien sind

zwar froh, bei einem renommierten multinationalen Unternehmen untergekommen zu sein. Doch im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern sind sie nicht nur bei der Höhe der Gehälter benachteiligt. Nach brasilianischem Arbeitsrecht muss beispielsweise ein neuer Mitarbeiter mindestens ein Jahr lang bei der Firma sein, bevor er das erste Mal in Urlaub gehen darf. In Brasilien müssen junge Mütter bereits drei Monate nach der Geburt des Kindes zurück in die Firma, sonst verlieren sie den Arbeitsplatz. Dies sind Beispiele für schikanöse Regelungen, die eine deutsche Firma großzügiger handhaben könnte. Doch brasilianische Mitarbeiter sind lautstarkes Fordern nicht gewohnt.

Auf die Frage: „Warum Siemens ihre Angestellten in Brasilien keinen Betriebsrat wählen lässt?“, lautet in Curitiba die Antwort: „So etwas brauchen wir nicht. Wenn es Probleme gibt, kann man mir über unsere Hotline eine E-Mail schreiben, das funktioniert. Wir sind nicht so formell wie in Deutschland, wo man nicht persönlich mit Vorgesetzten reden mag“, findet Eber Machado.

„In Wahrheit sind die meisten Brasilianer zu feige, um sich zu beschweren. Sie fügen sich einfach der Autorität“, sagt Nelson Jung, der Gewerkschafter. Auch zu ihm kommen die Mitarbeiter selten mit ihren Sorgen. Weil Klagen auch nicht helfen, wie viele meinen, und Siemens trotzdem mehr anbietet als einheimische Firmen. „Siemens bietet einen angesehnen Job, der Mitarbeiter wird krankenversichert und für Freizeitaktivitäten stehen eine moderne Sporthalle, mehrere Fußballplätze und zwei Grillstationen in einem idyllischen Wäldchen zur Verfügung, das sind echte Vorteile“, so Nelson Jung. Gegen die niedrigen Gehälter protestieren, die durch 9 Prozent Inflation zusätzlich abgewertet werden, und für eine 40-Stunden-Woche kämpfen - das ist Sache der Siemens-Gewerkschaft SELTROAR. Für die Gewerkschafter ist mit dem Stichwort Globalisierung auch das Streben um gleiches Recht für alle gemeint. Nelson Jung: „Die Siemens-Familie wird zusammenwachsen müssen. Wir wollen ein bisschen mehr Deutschland bei uns.“

Eva-Maria Schreiner

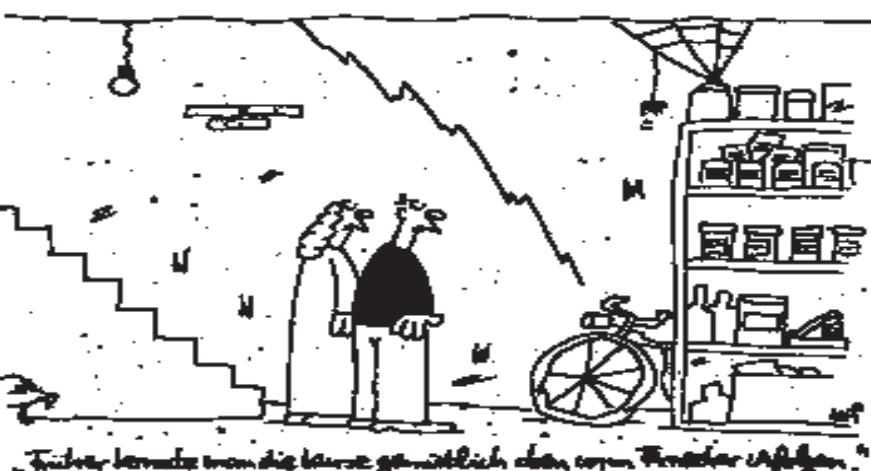
**BDI unterstützt Riester im Streit mit Seehofer.** - HB, Freitag/Samstag, 2./3.8. 2002. Im Streit um Rentenversprechen der Union unterstützt BDI-Präsident M. Rogowski Arbeitsminister W. Riester. Den von CSU-Seehofer in Aussicht gestellten Nachschlag für Rentner wies er als „unserios und unzahlbar“ zurück. Rogowski: Solche Äußerungen seien „nichts als lausige Wahlkampftaktik“.

**Neuen Schützenpanzer entwickeln.** - P. Struck, Verteidigungsminister, will die Heeresindustrie beauftragen, 2005 die ersten 20 neuen Schützenpanzer zu liefern, nachdem im Juli das Ministerium überraschend die Ausschreibung für einen ab 2008 einsatzbereiten neuen Schützenpanzer gestoppt hatte. Ein Rheinmetall-Unternehmenssprecher sowie der Präsident des Förderkreises Deutsches Heer, General a.D. F. F. Lanz begrüßten diese Entscheidung als „guten Schritt in die richtige Richtung“. Nun sei die Chance gegeben, dass die Industrie ihre technologischen Fähigkeiten nach und nach entwickeln könne.

**Sammelklage gegen Dosenpfand.** - Als organisierten Rechtsmissbrauch bezeichneten Umweltschützer die vor dem Verwaltungsgericht Berlin eingereichten Klage von 7 436 Händlern und Getränkeherstellern gegen die Einführung des Dosenpfandes von 25 Cent pro Dose ab 1.1.03. Die zu erwartenden Kosten für den Aufbau des Rücknahmesystems seien für viele Kläger existenzgefährdend, so der Hauptgeschäftsführer der HDE K.-P. Dolde. Es handle sich um die größte Beteiligung von Unternehmen an einem Verwaltungsgerichtsverfahren in der deutschen Rechtsgeschichte.

**Handel befürchtet Umsatzeinbruch wegen Streichung des Weihnachtsgeldes.** - HB, Montag, 5.8.2002. Die zahlreich stattfindenden Kürzungen bzw. Streichungen des Weihnachtsgeldes für die Beschäftigten in vielen Konzernen bringt den Einzelhandel in eine zwiespältige Lage. Konkret fürchtet die HDE, so Verbandsprecher H. Pellenbanger um das wichtige Weihnachtsgeschäft. Andererseits sparen auch die großen Handelskonzerne wo sie können.

**Hartz-Modell von Wirtschaftsverttern attackiert.** - HB, Freitag/Samstag, 8./9.8.02. Allen Wirtschaftsverttern voran will H.-E. Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, hart bleiben beim Ziel der Kürzung des Arbeitslosengeldbezuges von 32 auf 12 Monate, „um den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen“. Presseauswertung: rst



Der Europa-Abgeordnete André Brie gab in der Mitteldeutschen Zeitung (2.8.) das im

Folgenden dokumentierte Interview, in dem er - nach dem Rücktritt Gysis - den Zurückgetretenen als Zugpferd für ein „neues linkes Projekt“ anbot, vermutlich ungefragt.

#### Eine neue Linke mit Gysi und Lafontaine – André Brie hofft auf die Überwindung alter Feindbilder

Berlin/MZ. Der Abgang von Gregor Gysi hat die PDS schwer getroffen. Mit dem PDS-Europa-Abgeordneten André Brie (52), der als führender theoretischer Kopf seiner Partei gilt, sprach darüber unser Korrespondent Jochen Loreck.

#### Herr Brie, wie stark schadet der Abgang von Gregor Gysi der PDS?

Brie: Der Verlust wiegt äußerst schwer. Auf die Gregor Gysi haben sich viele Hoffnungen konzentriert. Er hat Menschen erreicht, die sonst niemals PDS gewählt hätten. Sein Charme, sein Witz, seine Schlagfertigkeit, seine Intelligenz - all seine herausragenden Fähigkeiten, die werden der PDS nun fehlen. Außerdem: Wenn einer wie Gysi so kurz vor einer schicksalhaften Wahl von Bord geht, dann ist das ein Rückschlag. Als die Angriffe der „Bild“-Zeitung auf Gysi begannen, hätte er da nicht stärkere Unterstützung durch die PDS-Führung gebraucht?

Brie: Ja. Es ist ein Grundproblem in der Spitze der PDS, dass da alle ziemlich einsam sind. Es gibt untereinander zu wenig Gedanken-Austausch, zu wenig Absprachen, zu wenig freimütige Diskussion.

#### Gregor Gysi war ja auch ein Sympathieträger im Westen. Wen kann die PDS da jetzt noch als Stimmenfänger aufbieten?

Brie: Auch im Westen ist die Lücke, die Gregor Gysi hinterlässt, groß. Doch ich setze Hoffnungen auf unsere hessische PDS-Spitzenkandidatin Luc Jochimsen, die frühere Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, und auch auf Florian Havemann, den Sohn des DDR-Bürgerrechtlers Robert Havemann. Wir müssen natürlich auch über Themen im Westen punkten.

#### Wie geht es im Osten weiter?

Brie: Gregor Gysi hat auch hier Menschen an die PDS herangeführt, die sich gar nicht mehr für Politik interessieren. Umso wichtiger ist da nun höchste Professionalität in der Öffentlichkeitsarbeit. Eine moderne Linkspartei braucht Aktion. Sie muss sinnlich erlebbar sein. Ihr Wirken muss ins Auge springen, muss nachdenklich machen. Da haben wir derzeit die größten Defizite. Wir arbeiten aber an Konzeptionen.

#### Halten Sie Gysis Rückzug aus der Politik für endgültig?

Brie: Das will ich nicht hoffen und auch nicht glauben.

*Man könnte ja an eine neue Linkspartei denken, in der Politiker wie Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zusammenwirken...*

Brie: Wer für ein neues linkes Projekt, eine neue linke Kraft eintritt, und das tue ich, der kommt an den beiden Zugpferden Gregor Gysi und Oskar Lafontaine nicht vorbei. Beide bleiben für die Zukunft der politischen Linken in diesem Land äußerst wichtig. Aber eine neue linke Kraft kann man nicht am Reißbrett konstruieren.

*Gysi und Lafontaine könnten ja zusammen etwas tun, um die Gräben zwischen PDS und SPD zuzuschütten...*

Brie: Mir liegt sehr daran, die alten Feindbilder zwischen SPD und PDS abzubauen. Wenn Lafontaine und Gysi das gemeinsam tun würden, so würde sich ein Traum erfüllen. Beide sind bestens dafür geeignet.

*Sie träumen von einer vereinigten neuen Linken?*

Brie: Diesen Traum, den Traum von einer kooperationsfähigen Linken in Deutschland, den habe ich in der Tat. Ich träume von einer neuen Linken mit völlig neuen Formen, aber unter Nutzung der vorhandenen Potenziale.

*Es kann ja der Fall eintreten, dass nach dem 22. September sowohl SPD als auch PDS im Bundestag gemeinsam auf den Oppositionsbänken sitzen...*

Brie: In diesem Fall würde sich bestimmt wieder ein stärkerer linker Flügel in der SPD herausbilden. Für eine Annäherung zwischen SPD und PDS wäre das von Vorteil. Wenn es in diesem Land eine wirksame Alternative zum Neoliberalismus geben soll, dann müssen SPD und PDS stärker zusammenrücken. Die PDS allein vermag das nicht, und die SPD braucht einen linken Katalysator.“

Aus der Parteispitze kam prompt die Distanzierung. Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende, lehnte das Projekt einer gemeinsamen Partei rundweg ab. Der Leiter der PDS-Strategieabteilung Thomas Falkner wandte sich kritisch dagegen, eine neue Partei aus dem Boden stampfen zu wollen, anstatt die Kooperation mit der SPD zu suchen. Statt ein Auffangbecken für enttäuschte linke Sozialdemokraten zu suchen, „müssen wir trotz großer Differenzen versuchen, auch mit der Schröder-SPD gemeinsame Perspektiven zu finden.“ (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-208580,00.html>)

Doch geht dieser Kurs eben doch in Richtung Anlehnung an Rot-Grün. Der „Welt“ (13.8.) zufolge hat sich der Vorstand des Berliner Landesverbandes, unterstützt von Dietmar Bartsch und Petra Pau aus dem Parteivorstand und in Abgrenzung gegen Gabriele Zimmer, für einen Kurswechsel in Richtung Tolerierung ausgesprochen. scc

Die nach der Auflösung von der PKK neugegründete Organisation Kurdistan Freiheit und Demokratie Kongress (KADEK) hat sich ausführlich zur gegenwärtigen Lage in der Türkei geäußert. In einer gekürzten Fassung geben wir die Einschätzung wieder, dass die Zugeständnisse, die die türkische Regierung jetzt zumindest verbal macht (Zulassung der kurdischen Sprachen usw.), nicht so sehr Ergebnis des Drucks von Seiten der EU sind, sondern innertürkische Ursachen hat: vor allem der Kampf der kurdischen Bewegung für eine Demokratisierung. Der zweite uns wichtige Aspekt sind die Überlegungen, welche Positionen mit welchen Folgen die Türkei im drohenden Krieg der USA gegen den Irak einnehmen wird. Das vollständige Dokument ist im Internet unter [www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/) nachzulesen. hav

## Die Entwicklungen sind kein Resultat des Erfolgs der jetzigen Regierung, sondern des Misserfolgs

Eine Bewertung des Präsidialrat der Kurdistan Freiheit und Demokratie Kongress (KADEK) über die politischen Entwicklungen in der Türkei

Die Türkei durchlebt gegenwärtig wichtige politische Entwicklungen, die starke Auswirkungen auf die Türkei, auf uns und auf die Region haben. Die Regierung, die mit dem Ziel und Anspruch antrat, eine langfristige Regierung sein zu wollen, ist gescheitert. Nun haben die Regierungsparteien den Entschluss gefasst, im November vorgezogene Wahlen durchzuführen; nicht etwa aus freier Entscheidung, sondern weil sie dazu gezwungen wurden. Die Demokratische Sozialistische Partei (DSP) unter Ministerpräsident Bülent Ecevit ist im Auflösungsprozess. In Folge dieser Auflösung entwickelt sich eine neue Partei. Auch die nationalistische Koalitionspartei MHP durchlebt ähnliche Probleme. Es wird offensichtlich, dass auch sie an Stärke verloren hat und diese auch in Zukunft nicht wieder zurück gewinnen wird. Es gibt unterschiedliche Gespräche und Bündnisbemühungen. Kurzum, die Türkei befindet sich in einer politischen Restrukturierungsphase. Sowohl die Parteien als auch das Parlament und die Regierung befinden sich in einer solchen Phase ...

Wie ist eine solche Entwicklung entstanden? Wie konnte eine Regierung, die bei jeder Gelegenheit ihre Entschlossenheit zur Sprache brachte, bis zum Jahre 2004 im Amt zu bleiben, in die gegenwärtige Situation geraten? Um diese Fragen beantworten zu können, lassen Sie uns diese gemeinsam im Zusammenhang mit dem politischen Kampf und den Entwicklungen in der vergangen Zeit behandeln. Denn die entstandene politische Situation steht in Bezug zu uns, zur Innenpolitik der Türkei, zur Region und zu den politischen Entwicklungen auf

## **Stellungnahme der KADEK**

# **Zur Entwicklung in der Türkei und die Rolle der kurdischen Bewegung**

der ganzen Welt. Wir können sagen, dass die jüngste Entwicklung den Abschluss einer Zwischenphase darstellt, die sich mit dem internationalen Komplott entwickelt hatte. Wenn wir es aus dieser Perspektive heraus betrachten, so ist die Rolle unserer Bewegung und ihrer Auswirkung auf die Türkei bei der Entstehung einer solchen politischen Entwicklung klar erkennbar. Es ist angebracht, diese Entwicklung als das Resultat unseres 8.

Volksmassen, demokratischen Kräfte, unsere organisatorische Kraft und unsere Freunde haben dagegen sowohl im Land als auch im Ausland einen aktiven politischen Kampf geführt. Damit ist eine neue Kampfphase zwischen dem internationalen Komplott und unserer nationalen demokratischen Bewegung eingeleitet worden. Diese ist nicht nur auf Nordkurdistan und die Türkei beschränkt, auch nicht nur auf die vier Tei-

Die Annäherung einiger Kreise, vor allem der nationalistisch-chauvinistischen und der Bandenkreise, die Entwicklungen ausschließlich als Resultat äußerer Drucks darzustellen, entspricht nicht der Realität. Natürlich spielen auch die äußeren Entwicklungen eine wichtige Rolle bei diesem Ergebnis, aber es ist nicht der erste Faktor. Die Hauptfaktoren sind das Entwicklungsniveau unserer Bewegung, das sie mit dem 8. Kongress erlangt hat, und unsere Bemühungen, die Ergebnisse des Kongresses in die Praxis umzusetzen, ihre Auswirkungen auf die Atmosphäre in der Türkei und ihre Stärke. Wie wirksam diese Kraft bei der Veränderung der Türkei ist, zeigt sich bei der Auflösung der Ecevit-Regierung, trotz starken Widerstandes. Das Niveau unserer Bewegung hat dies erreicht, indem sie die kurdische Bevölkerung beeinflusst und in Bewegung gesetzt hat, indem sie die Türkei zur Demokratisierung gezwungen, diese gelenkt und gefördert hat. Die Statistik weist auf, dass 85% der türkischen Bevölkerung eine demokratische Veränderung wollen. Die apostolische Bewegung, in der Vergangenheit als PKK, heute als KADEK bekannt, hat in allen demokratischen Entwicklungen der Türkei eine führende Funktion und einen Anteil.

Sie war es auch, die die großen Diskussionen innerhalb der letzten drei Jahre in der Türkei begonnen hat. Es ist die Phase, die unser Vorsitzender eingeleitet hat. Dies begann mit den Imrali-Diskussionen und ging weiter mit den Gedanken, die er in dieser Zeit entwickelte. Nun ist es das demokratische Zivilisationsmanifest des Vorsitzenden, das die Richtung der Diskussionen angibt.

Die Erfolglosigkeit des internationalen Komplottes und der Kampf, der sich zunehmend ausweitet, haben die Türkei vor solche Entwicklungen gestellt.

Die Entwicklung dieser Regierung, dieses Parlaments und der gegenwärtigen Parteien entstand in der Atmosphäre des internationalen Komplottes. Daher repräsentieren sie keine gewöhnliche Phase, sondern die Realität des internationalen Komplottes. Diese politischen Institutionen, diese Regierung, dieses Parlament sind mit dem Komplott verwoben und mussten ihre Aufgaben innerhalb dieses Rahmens, der ihnen durch das Komplott auferlegt wurde, mit Erfolg füllen. Wäre es ihnen gelungen und wäre



Kongresses zu verstehen. Denn die apostolische Bewegung hat ihre Veränderungs- und Umwandlungsphase, die mit dem Komplott auf die Tagesordnung kam, auf ihrem 8. Kongress abgeschlossen. Sie hat die theoretische Bewertung, das politische Programm, ihre strategische und taktische Annäherung und mit der Praxis die Phase der Erneuerung, Veränderung, Bildung und Vorbereitung abgeschlossen und ist nun in die Phase des aktiven Kampfes und der praktischen Arbeit übergegangen.

Wir wissen, dass die erste Reaktion der internationalen Reaktionäre auf eine solche Entwicklung die Aufnahme der PKK auf die EU-Liste der terroristischen Organisationen war. Es war eine klarer Schritt gegen unseren Kongress und seine Ergebnisse. Die internationale Reaktion wollte mit dieser Aufnahme eine neue Phase gegen unsere Bewegung und das Niveau, das unsere Revolution auf ihrem 8. Kongress erlangt hat, einleiten. Dies führte zu einem ernsten Kampf. Die

le Kurdistans, sondern schließt, entsprechend des überregionalen Charakters unserer Strategie, die gesamte Welt ein. Daher muss die Veränderung bei den politischen Institutionen der Türkei im Zusammenhang eines solchen Kampfes analysiert werden. Die Antwort der EU und der USA auf unseren Kongress und sein Einfluss auf sie führte zu einer „Terroristischen Liste“.

### **Zum Charakter der Veränderungen in der Türkei**

Vor diesem Hintergrund müssen auch die Veränderungsbemühungen der gegenwärtigen Regierung, des Parlaments und der Parteien in der Türkei als Ergebnis des Einflusses unseres Kongresses und der Erneuerungsbemühungen ihres Gegenkampfes betrachtet werden. Das stellt die Stärke unserer Bewegung in Bezug auf die Veränderung und Umwandlung der Türkei dar. Das ist der erste und zugleich der Hauptfaktor der gegenwärtigen Entwicklungen.

das Komplott erfolgreich gewesen, wäre diese Regierung nicht so zerbröckelt, die Parteien hätten sich nicht aufgelöst und das Parlament wäre nicht auseinandergefallen. Die Entwicklungen heute sind ein Beweis dafür, dass diese politische Institution ihre Aufgaben nicht erfüllt hat, nicht erfolgreich war. Diese Entwicklungen sind kein Resultat des Erfolgs, sondern des Misserfolgs.

Diese Rolle ist bewusst Ecevit auferlegt worden. Die Komplottkräfte kamen zu dem Ergebnis, dass nur Ecevit in der Lage sein würde, im Rahmen der zivilen Politik in der Türkei eine nationale Einheit von Rechts und Links zu entwickeln. Dies trat auch ein. Nach den Wahlen am 18. April 1999 wurde ohne große Diskussionen erklärt, dass eine Koalitionsregierung unter DSP, MHP und ANAP gebildet wird, und dies wurde auch umgesetzt. Es war die allgemeine Haltung, dass es diese Koalition sein sollte - ohne dass Gespräche und Bemühungen um eine andere Koalition geführt wurden. Daher ist diese Haltung nicht die Folge der Wahlergebnisse, sondern schon während der Wahlphase wurde dies der Bevölkerung vermittelt. Daher waren alle für eine solche Regierungsbildung.

Dass Ecevit diese Rolle eingenommen hat, kann auch vor dem Hintergrund der Geschichte bewertet werden. Ecevit, der die PKK während ihrer Gründungszeit nicht vernichten konnte, erhielt von den reaktionären Kräften nach dem internationalen Komplott erneut die Aufgabe, sie zu vernichten. Ecevit wurde von der militärisch-faschistischen Führung des 12. September dafür verantwortlich gemacht, dass er die Entstehung und Entwicklung der PKK nicht verhindern konnte und ihr somit Entwicklungsmöglichkeiten gab. Ecevit war lange einer solchen Kritik und einem solchen Drucks ausgesetzt. Das Emporkommen Ecevits in der politischen Atmosphäre der 90er Jahre hing mit der Entwicklung eines neuen Konzeptes gegen die PKK zusammen. Dieses Konzept wurde als „totaler Krieg“ definiert und gewann zunehmend einen internationalen Charakter.

Ende der 90er Jahre wurde dieser Angriff zum internationalen Komplott. In dem Ecevit erneut an die Spitze der Umsetzung dieser Pläne gesetzt wurde, sollte er sein Versäumnis nachholen und somit seine Schuld begleichen.

Die vorgezogenen Wahlen am 18. April waren schon neun Monate zuvor festgelegt worden. Das entspricht keinem natürlichen Vorgang. Mit der Entwicklung des internationalen Komplotts wurde die Aufgabe des Regierens Ecevit übertragen - obwohl seine Partei eine Minderheit darstellte. Der 15. Februar 1999 (der Tag an dem der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan in die Türkei verschleppt wurde, Anm. d. Ü.) fiel in eine Zeit, in der ein Beschluss für vorgezogene Wahlen schon gefallen war und in der Ecevit in einer Minderheitsregierung an der Führung war. Die politischen Trümpfe des 15. Februar

wurden somit der DSP und Ecevit in die Hand gespielt. Die Wahlen am 18. April wurden unter dem Einfluss des 15. Februar durchgeführt. Es waren Wahlen, die im Zusammenhang zum Komplott standen, und die Wahlergebnisse wiesen auch dementsprechend die Eigenschaften des Komplottes auf. Die DSP hat den Bonus, während des 15. Februar an der Regierung gewesen zu sein, in konkrete Wahlstimmen verwandelt, und die MHP hat die nationalistische Atmosphäre der Gewalt, die unmittelbar nach dem Komplott entstand, in Wahlstimmen verwandelt. Das Parlament und die Regierung, die sich auf diese beiden Parteien stützen, wurden ausschließlich auf dieser Grundlage gebildet. Die Aufgabe, die dieser Regierung auferlegt wurde, war die Liquidierung der PKK. Somit wurde Ecevit, dem es nicht gelang, die Entwicklung der PKK 1978 zu verhindern, 1999 erneut die Aufgabe durch alle reaktionären Kräfte übertragen, die PKK zu vernichten. Ecevit hat angenommen.

Hierbei gab es Zwiespältigkeit. Einige Kreise wollten Profit daraus schlagen, eine Phase der Vernichtung und der militärischen Auseinandersetzung zu entwickeln, andere wiederum wollten Profit aus der Atmosphäre schlagen, die sich nach der Vernichtung der PKK ergeben würde. Die Rolle Ecevits hierbei war es, die Phase der militärischen Auseinandersetzung zu verhindern und die PKK zu vernichten, indem sie in eine auseinandersetzungsfreie Atmosphäre gezogen wird. Dies wird klar in seiner Haltung gegenüber der MHP. Der Hauptgrund hierfür kann in der Regierungsstruktur Ecevits gesehen werden, da er 1998 in einer Minderheitsregierung an die Macht gebracht wurde. Er ist an die Macht gebracht worden, um den Bestrebungen chauvinistisch-nationalistischer und rassistischer Kräfte und der Banden, welche eine Atmosphäre der Vernichtung und der bewaffneten Auseinandersetzung verbreiten, vorzubeugen, sie zu bremsen und zu kontrollieren.

Diese Haltung kann als Annäherung an die Kräfte betrachtet werden, die eine Auseinandersetzung verhindern wollen. Daher war neben der Haltung unseres Vorsitzenden, neben der Haltung und den Interessen äußerer Kräfte auch die Existenz der Regierung von Ecevit in der Türkei von großer Bedeutung dafür, dass sich das 15.-Februar-Komplott nicht in die Richtung von Vernichtung und Auseinandersetzung entwickelt hat. Somit nahm das internationale Komplott eine Strategie ein, wonach die PKK durch die Erhöhung des politischen und organisatorischen Drucks vernichtet werden sollte, und zwar in einer gewaltfreien Atmosphäre. Der Regierung der Wahlen vom 18. April wurde diese Aufgabe erteilt. Auf dieser Grundlage bildete sich die nationalistische und liberale Rechtskoalition. Die MHP wurde in die Regierung aufgenommen, um sie in Schach halten zu können.

Die internationale Reaktion hatte nach dem Komplott eigentlich die Auflösung der PKK innerhalb von sechs Monaten zum Ziel. Als dies nicht eintraf, hat die gegenwärtige Regierung die Phase unseres 7. Kongresses zur Phase der Auflösung erklärt. Hier hat die Regierung ihre Rolle gespielt. Ihre wichtigste Aufgabe war der Beschluss vom 11. Januar 2000, in dem die Vollstreckung der Todesstrafe gegen unseren Vorsitzenden aufgehoben wurde, und folglich die Akte so lange nicht dem Parlament vorgelegt wird, bis der Europäische Menschenrechtsgerichtshof den Einspruch behandelt und ein Urteil gefällt hat. Die Regierung hat die Kraft aufbringen können, einen solchen Beschluss zu fassen. Mit diesem Beschluss wurde die Kontrolle über die politischen Institutionen der Türkei hergestellt. Dieser Beschluss war zweifellos die Verhinderung der bewaffneten Auseinandersetzung. Wenn ein solcher Beschluss nicht getroffen worden wäre, wären die Entwicklungen nicht zu stoppen gewesen und man hätte eine Situation geschaffen, die die heutigen Auseinandersetzung zwischen Palästina und Israel hundertfach übertroffen hätte. Mit diesem Beschluss wurde eine solche Entwicklung unterbunden. Eigentlich hat die Regierung mit diesem Beschluss ihre Aufgabe abgeschlossen. (...)

Dass Ecevit seine gesamte Aufgabe nicht erfolgreich erfüllen wird, wurde eigentlich nach diesem Krieg klar. Somit war die Rolle dieser Regierung vollendet. Die Regierung hätte eigentlich schon damals zurücktreten müssen. Obwohl schon im Jahre 2000 Diskussionen darüber aufkamen, dass die Regierung ihre Mission vollendet habe und nun sich zurückziehen solle, um ihren Platz einer neuen Regierung zu überlassen, und obwohl wir öffentlich bekannt gegeben haben, dass eine neue politische Phase begonnen hat und im Rahmen der Angriffe des internationalen Komplottes die PKK nicht mit ideologischen, organisatorischen und militärischen Mitteln zu vernichten ist, hat die Regierung sich nicht auf die vergangenen Erfolge und gewonnene Kraft beziehend zurückgezogen und keine neuen Annäherungen entwickelt. Das Beharren der Ecevit-Regierung, nicht zurückzutreten, begann sich im Jahre 2001 zu entwickeln. Somit entstand eine Regierung, die nicht im Einklang mit der Realität der Türkei stand ...

Das Beharren der Regierung trotz dieser Tatsache hat die gegenwärtige Krise hervorgebracht. Die Wirtschaftskrise im Februar letzten Jahres ist im Zusammenhang mit dieser Entwicklung entstanden. Verschiedene Kreise haben erklärt, dass diese Krise keine wirtschaftliche, sondern eine rein politische sei und von der Regierung geschaffen wurde. Das ist eine richtige Bewertung.

#### **Die „zweite Friedensoffensive“**

Wir haben in der Atmosphäre der Krise mit der demokratischen politischen Ar-

beits- und Kampfmethode die Regierung zu stürzen versucht. Wir haben den politischen Kampf entwickelt. Unter dem Namen „Zweite Friedensoffensive“ haben wir versucht, ein politisches Programm umzusetzen. Wir haben versucht, die Serhildans (Volksaufstände) in allen Bereichen zu entwickeln. Dieser Kampf hat ein gewisses Niveau erreicht. Unsere Serhildans haben die Krise in der Türkei vertieft, sie haben allen gezeigt, dass diese Regierung erfolglos ist und dass die Türkei mit dieser Regierung nicht fortschreiten kann. Aber auch wir hatten nicht die Kraft, die Regierung zu stürzen und zu verändern. Wir waren in dieser Hinsicht schwach und unzureichend. Wir haben diese Situation in unsere 6. Konferenz hineingetragen und haben uns damit auseinandergesetzt. In Folge der Diskussionen haben wir die Gründe für unsere unzureichende Haltung, die eine Veränderung nicht erzielen konnte, aufgedeckt und verurteilt. Letztendlich wollten wir dieses Niveau auf dem 8. Kongress verändern. Denn unser Ziel mit diesem Niveau erreichen zu wollen, trug Gefahren in sich. Deshalb musste es überwunden werden. Auf dem 8. Kongress haben wir dem unzureichenden Niveau ein Ende gemacht. Wir haben uns im Hinblick auf das neue Programm und die Kampfstrategie vollkommen überzeugt und somit eine absolute Klarheit erlangt. Auf dieser Grundlage haben wir eine neue taktische Phase der neuen Strategie, die Organisation zu vergrößern und die Serhildans zu entwickeln und somit gegen das internationale Komplott einen aktiven Kampf zu führen, entwickelt. Der 8. Kongress hat eine solche Bedeutung. Der 8. Kongress ist demnach der Ausdruck sowohl für die Erneuerung, für die strategische Umwandlung und Restrukturierung als auch für den Beginn der taktischen Kampfphase. Diese Entwicklung hat die Atmosphäre in der Türkei beeinflusst. Sie hat die Türkei gezwungen, neue Beschlüsse zu fassen und eine entsprechende Neuorganisation vorzunehmen.

Europa hat sich mit der Aufnahme der PKK in die Liste der „terroristischen Organisationen“ schon frühzeitig auf diese Entwicklung eingestellt. Die Ecevit-Regierung hingegen hat diese Entwicklung entweder nicht verstanden oder wollte sie nicht verstehen. Sie hat versucht, ihre Gegentaktik noch weiter umzusetzen mit der Absicht unser Liquidierung. Sie versuchte, der internationalen Reaktion einen solchen Plan aufzuzwingen. Sie möchte von der türkischen Oligarchie und von der internationalen Reaktion einen (politischen, Anm.d.Ü) Kredit bis zum Jahre 2004 erhalten. Aber das war nicht möglich, denn ihr Programm hatte keine Erfolgsaussicht.

Mit dieser Haltung hat die Regierung die Türkei in eine ernsthafte Erstarrung geführt. Die Regierung war nicht mehr in der Lage, neue Beschlüsse zu fassen, und konnte somit im Rahmen der äußeren Entwicklungen kein gemeinsames Vorge-

hen mit ihren Verbündeten entwickeln. Somit entsprach sie auch nicht mehr den Interessen der Oligarchie und der äußeren Bindungen. All das führte zur Auflösungsphase der DSP. Die Kreise, die die Regierung zum Rücktritt gezwungen haben, hatten gegenüber der starren Haltung der Regierung keinen Erfolg. Nun versuchen sie, mit den Rücktritten die ganze Regierung zum Rücktritt zu zwingen - mit Erfolg. Nachdem die Regierung vorgezogene Wahlen nicht mehr verhindern können, versucht sie wenigstens, bis zu den Wahlen im Amt zu bleiben. Inwiefern sie damit Erfolg haben wird, ist ungewiss.

Warum hat die Regierung so starr reagiert, während Koalitionsparteien wie die MHP ihre Amtszeit dafür genutzt haben, die wichtigsten Bereiche unter ihre Kontrolle zu bringen und ihre Kraft zu vergrößern. Sie hat von den Machtmöglichkeiten stark profitiert. Einige Kreise in der DSP und auch in der ANAP haben profitorientierte Interessen verfolgt und wollten, dass diese Regierung anhält. Aber auch die Ängste von Ecevit haben hierbei eine Rolle gespielt. Ecevit befürchtet, dass er seine zweite Erfolgslosigkeit gegenüber der PKK teuer bezahlen würde. Er hat Angst, dass, sobald er aus der Regierung zurücktritt, ihm etwas zustoßen würde. In der Türkei gibt es den Fall Özal. Die Haltung gegenüber der PKK legt nicht nur die politische Zukunft der Politiker in der Türkei fest, sondern auch deren physische Existenz.

### Die Rolle von EU und USA

Neben dem erlangten Niveau unserer Bewegung und seinen Auswirkungen auf die demokratische Veränderung in der Türkei haben äußere Entwicklungen eine weitere Rolle bei der Entstehung einer solchen Situation gespielt. Diese waren die Beziehungen zur EU und zu den USA sowie der bevorstehende politisch-militärische Krieg in dieser Region. Diese Regierung hat auch die Kraft für eine harmonische Zusammenarbeit mit den äußeren Bündnispartnern verloren. So musste z.B. in der Beziehung zur EU ein bestimmter Beschluss getroffen werden. Das Treffen der EU im Dezember diesen Jahres in Kopenhagen ist hierfür von großer Bedeutung. Hierfür muss sie umfassende und tiefgründige demokratische Veränderungen vornehmen, um der Türkei einen neuen Weg aufzuweisen und ihre Beziehungen zur EU zu verbessern. Aber die gegenwärtige Regierung ist nicht in der Lage zu solchen Veränderungen. Sie kann keine mit der EU in Einklang stehende Politik entwickeln und diese umsetzen. Auch wenn die ANAP dies zu wollen scheint und die DSP ebenfalls dafür zu sein scheint, so hat MHP eine solche Politik und eine Mitgliedschaft in die EU abgelehnt. Sie hat die für die Mitgliedschaft in die EU notwendigen rechtlichen Veränderungen verhindert. Damit nicht genug, hat Bahceli die EU in Brüssel unter Kritik genommen. Obwohl

sie sich bemühen muss, die EU-Kriterien anzunehmen, um in die EU aufgenommen zu werden, hat sie beinahe Europa gezwungen, ihre Maßstäbe anzunehmen. Den 11. September hat sie auf diese Weise zu nutzen versucht. Das war ein Irrtum, eine falsche Bewertung. Die Regierung ist davon ausgegangen, mit der Unterstützung der USA Europa beeinflussen zu können. Deshalb hat sie die von ihr erwarteten notwendigen Schritte nicht erfüllt und ignoriert. Das hat die Beziehungen belastet. Die jetzige Regierung ist weit davon entfernt, die Türkei näher an die EU zu bringen. Das wirkte sich ebenfalls auf die Entstehung der Krise aus.

Auf der anderen Seite hat die Beziehung der Türkei zu den USA zu diesem Ergebnis beigetragen. Die USA versuchen, die Türkei in ihrem Kampf im Mittleren Osten wirksam zu nutzen, sie versuchen, die Türkei für ihre Irakpolitik zu gewinnen und will ihr dabei Platz einräumen. Sie misst sogar der Türkei in dem „Dritten Weltkrieg gegen den Terrorismus“ eine militärische Rolle bei. Sie möchte die Türkei wie eine Gendarmerie benutzen. Das ist die Türkeiannäherung der neuen US-Strategie.

Der US-Vizepräsident hat den Mittleren Osten bereist, während der Präsident Bush Europa und Russland bereiste. Das Resultat dieser Reisen war, dass die Türkei für ihre Politik gewonnen werden konnte. Sie haben begriffen, dass, wenn sie wirksam gegenüber dem Irak und im allgemeinen im Mittleren Osten sein wollen und ihre Politik in dieser Region umsetzen wollen, sie auf die Kraft und Unterstützung der Türkei angewiesen sind. Wenn die USA Erfolg bei ihrer militärischen Intervention im Irak haben möchten, ist es von großer Bedeutung, dass sie die Unterstützung der Türkei erhalten. Wenn die USA die Unterstützung der Türkei erhalten, wären sie in der Lage, ohne weitere Unterstützung gegen den Irak vorzugehen. Die Lage der Türkei bietet eine solche Möglichkeit. Die gegenwärtige Regierung in der Türkei scheint aber nicht willens zu sein, gegenüber der US Politik dermaßen engagiert und verbunden zu sein. Vor allem Ecevit möchte in einer solchen Politik nicht vollständig engagiert sein. Zwar hat Ministerpräsident Ecevit während seines Staatsbesuchs Ende 2001 den USA eine gewisse Unterstützung zugesagt, ein Abkommen getroffen und erklärt, sie würden nicht mehr den US-Politik entgegenstehen. Aber dennoch hat er der von den USA geforderten militärischen Unterstützung nicht in dem Maße zugestimmt, wie es den USA lieb gewesen wären.

Als die Regierung nicht mehr in der Lage war, die Interessen der äußeren Verbündeten zu vertreten, verlor sie auch die Unterstützung dieser Kräfte. Der innere Druck unserer Bewegung gegenüber der Türkei, sich zu demokratisieren und die o.g. Entwicklungen mit den äußeren Verbündeten haben zu einem solchen Umbruch geführt.

# Deutschland bloß nicht entfesseln

Der folgende Beitrag entstand im Zusammenhang einer kontroversen Diskussion in der PDS Bayern. Spätestens seit dem Möllemann-Karsli-Skandal und dem darauf folgenden Walser-Skandal ist kaum noch abzustreiten, dass in der BRD Antisemitismus neuerlich kulturell und politisch wirkungsmächtig wird. Wer sich im Kontext von Geschichte und Aktualität der BRD mit Fragen jüdischen Lebens oder Fragen israelischer Staatspolitik auseinandersetzt, muss sich gegen die Gefahr verwahren, alten und neuen Propagandisten des Antisemitismus als Belastungszeuge zu dienen. Zu beachten ist aber auch, dass die Repräsentanten abendländisch-deutscher Leitkultur die entsetzliche Zuspitzung der Konflikte im Nahen Osten ausnutzen, um Ressentiments gegen die muslimische Welt zu schüren und das muslimische Leben in Deutschland durch einen globalen Fundamentalismus- und Fanatismusverdacht unerträglich zu machen. Dieser generalisierende Verdacht hat strukturelle Ähnlichkeit mit dem Antisemitismus.

Red.

Es wird immer deutlicher, dass in der Palästina-Diskussion der Linken in der BRD Antisemitismus Raum greift, ohne sich an den dort ebenfalls bestehenden Kritik des Faschismus und Neofaschismus zu brechen. Anders als in den seit der Niederlage Hitlers vergangenen Jahrzehnten können die Nazis ihre Hetze mit einer Vielzahl von Äußerungen linker Meinungsträger, Organisationen, Parteien unterfüttern. Sie liefern den Faschisten Stoff. Diese Art von Diskussion, die von den Linken bis zu den Liberalen reicht, macht das Jude-Sein zu einem „Problem“, dessen Endlösung die Faschisten parat liegen haben. Das Zusammenspiel im gesellschaftlichen Gesamtspektrum eher kritischer Kräfte mit dem Faschismus ist gerade dann besonders gefährlich, wenn es gar nicht gewollt und nicht beabsichtigt ist. Gerade dann eignen sich solche Kritiken als „Beweis“ dafür, dass der Antisemitismus seinen Grund im Judentum habe.

Es ist nicht leicht zu verstehen, wie jemand mit Äußerungen, die nicht antisemitisch gemeint sind, antisemitische Meinungen zum Tragen bringen kann. Aber genau diese Frage muss diskutiert werden.

## Text und Kontext

Viele Diskussionen um das Verhältnis „Deutschland“/„Israel“ geraten sehr schnell an den Punkt, dass die heute in Staat und Gesellschaft aktive Generation eine aktive persönliche Verantwortung für die Taten der Nazis nicht trägt. Gerade für die Linke, die Distanz hält zu den Repräsentanten von Staats- und Wirtschaftsmacht, scheint das gegebene Tat-sache. Aber wer das Recht und die Pflicht

zum eigenen Urteil so unterstreicht, wie es die Linke tut, kann übersehen, dass die eigene persönliche Meinungsäußerung in einem geschichtlichen und sozialen Kontext wirkt. Wer sich in der Öffentlichkeit politisch äußert, muss sich aber mit der Frage auseinandersetzen, wie die eigenen Äußerungen von anderen verstanden werden. Das ist eben nicht einfach die Sache „der anderen“. Warum nicht?

## Das Medium der öffentlichen Meinung

Schon mit der Sprache, in der wir uns äußern, ist ein Zusammenhang von Urteilen, Vorurteilen, Tatsachenbehauptungen, Geschichtsbeurteilungen usw. gegeben. Wenn ich heute einen betrunkenen 17-Jährigen als Nazi bezeichne, werden damit Anfang, Verbrechen und Ende des „tausendjährigen Reiches“ heraufbeschworen.

Nur weil die ganze gesellschaftliche Epoche des alten Roms lange, lange schon vorbei ist, fühlt sich heute jemand, der als „Christ“ bezeichnet wird, nicht mehr automatisch mit Kreuzigungstod bedroht, wie es die gängige Strafe für aufrührerische Sklaven war.

Aber die Epoche, die Auschwitz hervorbrachte, ist noch nicht Geschichte. Das bedeutet etwas für die Erinnerung, auf die es trifft, wenn jemand zu jemandem: Jude sagt. Es ist hier Beängstigung und dort Drohung am Wirken. Wenn jemand von sich sagt, er sei Bürger Israels und Jude, gewinnt diese Mitteilung im geschichtlichen und besonders im Kontext des deutschsprachigen Kulturrumes oder Milieus den Rang eines Bekennnisses, das Mut abverlangt und anderen eine Meinungsäußerung abfordert. Warum?



Brennende Synagoge

## System, Element im System, Person\*

Es ist gängiger Sprachgebrauch, etwa davon zu reden, dass „die Gesellschaft“ dies und das zu verantworten habe. Aber aus der Anmerkung, dass ohne die Unterstützung der BRD die Türkische Republik den Versuch, die Kurden auszulö-

schen, schon lange hätte aufgeben müssen, folgt für jeden Einzelnen - erst mal nichts. Oder doch etwas? Was? Für wen? Sind auch die verantwortlich, die diese Politik der BRD kritisieren? Genauso wie die, die ihr das Wort reden?

Wer die Redewendung: „Ich als ...“ in den Mund nimmt, rückt dem Problem schon näher. „Als Deutscher ...“ bin ich etwas anderes - leider - als „als Mensch“. „Als Bayern“ stecken wir vom PDS-Landesverband unter einer Decke mit Stoiber, egal ob das ihn und/oder uns freut oder stinkt.

In der neueren Soziawissenschaft gibt es Versuche, die Beziehung zwischen den Personen und der Gesellschaft als Beziehung eines Systems und seinen Elementen verständlicher zu machen. Als System kann die auf dem Territorium der BRD vorgefundene Menschenmenge spezielle eigene Eigenschaften ausprägen und Taten begehen, die ihr nur als Gesellschaft, nur als System zukommen. Sie, die Gesellschaft, kann Taten begehen bzw. veranlassen, für die sie als Ganze die Verantwortung trägt. Die Einzelnen scheinen nur als ausführende Organe.

Nicht der Umstand, dass eine Gesellschaft Ideen entwickeln kann, die die Einzelnen gleichsam überformen und mit sich fortreißen, ist neu bedacht worden, das war schon lange bekannt und sprichwörtlich auf Denkmale und Grabsteine gemeißelt (Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen. Es ist süß und ehrenvoll, fürs Vaterland zu sterben usw.usf.)

Die Erfahrung des Faschismus erst hat gezeigt, was geschehen kann, wenn die Einzelnen Urteilsvermögen und die Verantwortlichkeit auf „das System“ übertragen. Aber die Erfahrung des Faschismus hat auch gezeigt, dass urteilsfähige Menschen sich den Zumutungen eines Systems widersetzen können. Diese geschichtliche Erfahrung hat die Differenz zwischen „Person“ und „System“ besonders deutlich gemacht.

Zum Verständnis dessen, was ein System ist, nützt die Überlegung, dass die Personen, die ein derartiges gesellschaftliches Gebilde tragen, austauschbar sind. Die Belegschaft einer Firma kann sich z.B. ganz umwälzen, ohne dass es der „Identität“ dieses Systems Abbruch tut. Die Anlagen, die Betriebsanleitungen, Verträge, Rechtsvorschriften, ja sogar die Bräuche usw., die dieser Firma als System zukommen, prägen bis zu einem gewissen Grade den Menschen, die neu dazukommen, ihren Stempel auf. Bis zu einem gewissen Grade, denn: Durch politische Anstrengungen können die Menschen die Eigenschaften von Systemen gezielt ändern.

## Systemkritik und Antisemitismus

Als System betrachtet ist die BRD ein Komplex von materiellen, organisatorischen, rechtlichen, kulturellen Einrichtungen, der die Einwohner dieses Landstriches dazu drängt, sich für die Fort-

schreibung des ganzen Kladderadatsch brauchbar zu machen. Und niemand kann den Mund auftun und auch nur 1 Wort sagen, ohne auf diesen Gesamtkomplex einzuwirken, stabilisierend oder zersetzend, kritisch oder als Lobhudler.

Ob die Absichten, die jemand mit einer politischen Stellungnahme verfolgt, erreicht werden, oder ob ganz andere Absichten von seiner Stellungnahme geähnert werden, hängt sehr von den Systemeigenschaften ab, die vorgegeben sind. Die Äußerungen, die einzelne Personen zu verantworten haben und die sie so verantworten, dass sie darlegen, was für sie daraus folgt, stoßen auf Optionen und Handlungsstränge, die im System angelegt sind. Dabei sind solche Optionen besonders wirksam, die durch politischen Machteinsatz garantiert sind oder durch Zuteilung wirtschaftlicher Chancen belohnt werden.

Wenn wir z.B. im Grundgesetz der BRD Bestimmungen finden, die staatsbürgerliche Rechte von der Abstammung abhängig machen, haben wir es mit einer Systemeigenschaft zu tun, die auf Rassismus beruht und Rassismus erzeugt. Wenn der zur Zeit amtierende Innenminister Schily in der Süddeutschen Zeitung unumwunden sagt, die Neuerungen im Ausländergesetz sollten verhindern, dass sich in Deutschland „neue Minderheiten festsetzen“, und die Migranten sollten sich „assimilieren“, dann lebt eine staatliche Tradition der gleichschaltender Eindeutschung auf. Politikansätze, die durch antifaschistische Kritik als Wurzel von Rassismus und Antisemitismus klar bestimmt gewesen waren, werden wieder aktuell und wirkungsmächtig.

Zum Schluss möchte ich die Frage aufwerfen, welche Optionen des staatlichen Systems durch die Kritik des deutschen Antisemitismus beeinträchtigt werden? Da ist einmal der Anspruch, das Deutsche in der BRD mit staatlicher Gewalt als Leitkultur durchzusetzen, und da ist zum andern der Anspruch des Deutschen Staates, Protektorate (mit) zu beherrschen. Das sind Vorurteile, aus denen sich harte, geldwerte Vorteile machen lassen. Aber das sind auch politische Verfahrensweisen, die durch die geschichtliche Erfahrung des Faschismus diskreditiert sind. Die Relativierung des Antisemitismus schafft dem staatlichen und wirtschaftlichen System der BRD Handlungsfreiheit. Wenn von der Seite der Palästinenser, wie es immer wieder geschieht, gefordert wird, Deutschland sollte den Staat Israel zügeln, so ist linke Kritik verpflichtet, dagegen einzuwenden, dass sich das deutsche staatliche und gesellschaftliche Unheil genau so entfaltet.

Martin Fochler, Quelle: Titel Nr. 31

\* Literaturtip: Die relativ leicht lesbare Einführung von Helmut Willke, Systemtheorie I, Grundlagen, ISBN 3-8252-1161-4

### **Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich**

## **Gestapo in Baden**

Die badische Geheime Staatspolizei hat „demokratische“ Vorläuferbehörden in der Weimarer Republik, sie hat Täter und Opfer. Durch die Grenznähe in Südbaden kommt ihr in dieser Region eine besondere Bedeutung zu. All dies untersucht der Karlsruher Historiker Michael Stolle in seiner Dissertation, die im Universitätsverlag Konstanz erschienen ist.

Insgesamt gliedert sich das Buch in fünf Kapitel. Sie widmen sich der Vorgeschichte, der Organisation, dem Personal, der Verfolgungspraxis und der Zeit nach 1945. In ausführlichen Anhängen werden stichwortartig die wichtigsten Täter ... und lokalen Gestapo-Stellen vorgestellt.

Die Kontinuität zwischen den „demokratischen“ Vorläuferorganisationen in der Weimarer Republik und der faschistischen Gestapo war groß, waren doch die meisten der Angestellten der „Politischen Polizei“ unkritisch oder selbst rechtskonservativer bis faschistischer Einstellung: „Im Laufe des Jahres 1933 zeigte sich, dass die Mehrheit der politischen Polizeibeamten die nationalsozialistische ‚Machtergreifung‘ in dienstlicher Hinsicht nahezu unbeschadet überstehen konnten“, so Stolle (S. 75). Lediglich ein kleiner Teil der Beamten sei entlassen und mitunter hart bestraft worden; es handelte sich dabei zumeist um Sozialdemokraten.

Als besonders aufschlussreich erweist sich Stolles ausführliche Analyse der Zusammensetzung des Gestapo-Personals. Nachdem anfangs das Personal der Weimarer Politischen Polizei weitgehend übernommen worden war, ergaben sich durch die Aufnahme faschistischer, aber oftmals unfähiger „Quereinsteiger“ sowie Versetzungen „verdienter“ Nazi-Polizisten ab 1933 dauerhaft Veränderungen in der Personalstruktur. Ab 1937 wurde die Gestapo mehr und mehr ausgebaut, was nochmals verstärkt zur Veränderung des Personalbestandes führte. Die Stärke der Untersuchung liegt darin, dass sie diese strukturellen Veränderungen in Beziehung setzt zum Verfolgungshandeln, zur Brutalität der „Ermittlungen“ (bis hin zu Folter und Mord) und - etwas nachgeordnet - zur Beziehung der Gestapo zu anderen staatlichen Behörden und NS-Organisationen. Bestimmte, aus der Situation der verschiedenen Gruppen resultierende Verhaltensweisen stellten sich ein: überzogene Brutalität der unqualifizierten Parteibuchbeamten, Konkurrenzverhalten der alteingesessenen Beamten und Karrieredruck der Nachwuchspolizisten.

Die „Ermittlungen“-„Methoden“ waren brutal; Folter und Festnahmen ohne richterliche Genehmigung an der Tagesordnung. Zu leiden hatten dabei insbesondere Kommunistinnen und Kommu-

nisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Zeugen Jehovas, Kirchen, Jüdinnen und Juden. Während des Krieges kam die Überwachung und Schikane der ausländischen Zwangsarbeiter hinzu, was vor allem Unterdrückung von politischer Agitation und von Beziehungen zu deutschen Männern und Frauen bedeutete. Zwei wesentliche „Methoden“ wurden dabei angewandt: Denunziativen aus der Bevölkerung, oftmals auch aus dem engsten Umfeld der Denunzienten und teilweise durch Folter oder drohende Folter erpresst einerseits und „Amtshilfe“ von anderen staatlichen Behörden und NS-Organisationen andererseits. Hintergrund war die massive Ausweitung der Befugnisse der Gestapo: „Gerade weil die Aufgaben der Gestapo durch präventiv-polizeiliche Konzepte erweitert und in einen umfassenden politischen Auftrag zur ‚Reinhaltung‘ des Volkes gestellt wurden, wurde es notwendig, eine größere Anzahl von Helfern für die Gestapoarbeit zu verpflichten“ (S. 273). In massiver Weise wurden Gendarmerie, Kriminalpolizei und Schutzpolizei zur Informationsbeschaffung für die Gestapo herangezogen ... Das brutale Handeln der Gestapo radikalierte sich im Laufe der Zeit, durch verschiedene Faktoren wie Konkurrenz innerhalb und nach außen zu anderen Ermittlungsbehörden begünstigt. Seinen Höhepunkt erreichte es kurz vor Kriegsende.

Die „Entnazifizierung“ nach der Niederlage des faschistischen Deutschen Reiches war, was die Beamten der badischen Gestapo betrifft, ähnlich wenig konsequent wie bei anderen Organisationen auch. Im Ansatz schon oft milde Schuld-Beurteilungen und Urteile durch die eigens dafür eingerichteten „Spruchkammern“ wurden später in Berufungsverfahren meist nochmals gemildert. Der Teil derer, die eine angemessen harte Strafe zu tragen hatten ..., war recht gering. Viele kehrten nach wenigen Jahren wieder in ein bürgerliches Leben zurück.

Das von der Forschungsstelle „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“ der Universität Karlsruhe herausgegebene Buch stellt einen detaillierten Überblick über die badische Gestapo dar. Seine Stärken liegen insbesondere in der detailgenauen Untersuchung des Gestapo-Personals. Allerdings fehlt diese Genauigkeit an anderer Stelle. Insbesondere der Teil, der sich den Umständen der Verfolgung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen widmet, aber auch die Darstellung der „Entnazifizierung“ und Auflösung der Gestapo ist ab und an leider etwas oberflächlich. Nichtsdestotrotz ist das Buch das erste, das sich der Gestapo in Baden umfassend nähert und deshalb vieles zur Aufklärung der dunklen regionalen Vergangenheit beiträgt.

Patrick Schreiner, aus: *Stattzeitung* 50  
Michael Stolle: *Die Geheime Staatspolizei in Baden*. Universitätsverlag Konstanz 2001. ISBN 3-89669-820-6. 411 Seiten.

**17. August bis 21. September:** Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen“ beginnt in Bremen und endet am Abend der Bundestagswahl in Berlin. In verschiedenen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland werden wir versuchen, die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften zu stärken, die Zusammenarbeit unter den Flüchtlingsorganisationen intensivieren und Unterstützung für von Flüchtlingen organisierten Widerstand geben. Die Tour soll auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen, die sich meist in Wäldern oder abgelegenen Gegenden befinden, in die Öffentlichkeit bringen. Gleichzeitig wollen wir die Folgen des herrschenden Krieges herausheben, indem wir ihn in Bezug zu den Kriegen setzen, die uns zwangen, unsere Heimat zu verlassen. Wir laden Euch alle ein, mit uns gemeinsam für eine Bewegung für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen aufzustehen! Bremer Koordinierungsbüro: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Münchener Straße 17, 28215 Bremen, Tel.: (0421) 5577093, Fax: (0421) 5577094, mail@humanrights.de, http://www.humanrights.de.

**1. September, bundesweit: Antikriegstag**

**6./7. September, Bochum:** Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: *Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges*, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

**14. September, Köln:** *Her mit dem schönen Leben - eine andere Welt ist möglich!* Aktionstag+Demoder Jugendorganisationen von ver.di, IGM, IG BAU, Transnet, NGG sowie Attac. Infos unter [www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de)

22. September: *Bundestagswahl; Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern*

**3. Oktober, Fulda:** Arbeitsausschuss des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaft. 11.00 Uhr. Tagesordnung folgt

Nach den furchtbaren Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington, die bis heute nicht aufgeklärt sind, hat US-Präsident George W. Bush einen jahrelangen „Krieg gegen den Terror“, einen „beispiellosen Feldzug“ und eine neue Zweiteilung der Welt ausgerufen, indem er alle Nationen vor die Wahl stellte: „Entweder sie sind auf unserer Seite oder auf Seite des Terrorismus.“

Dieser Feldzug begann mit dem Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und soll erklärtermaßen mit Kriegen gegen andere Staaten ausgeweitet werden. Angesichts des gigantischen Militäraufmarsches der USA und ihrer Verbündeten (einschließlich deutscher Truppen) und der forcierten Hochrüstung der USA wachsen Befürchtungen, dass dem „Jahrhundert der Kriege und Massaker“, wie der britische Historiker Eric Hobsbawm das zurückliegende 20. Jahrhundert genannt hat, ein „Jahrhundert des permanenten Kriegszustandes“ folgen könnte, so Dr. Peter Strutynski, der Sprecher des deutschen Friedensratschlags.

Zum Anti-Kriegstag am 1. September sollen deshalb auf einem Kongress in Hannover eine Zwischenbilanz dieses „Krieges gegen den Terror“ gezogen und friedenspolitisch gebotene Alternativen diskutiert werden: Was wissen wir wirklich über die Terroristen und ihre Motive? Wie groß ist die Gefahr, die von Terroristen ausgeht? Wie reiht sich der „Krieg gegen den Terror“ ein in die

**Friedenspolitischer Kongress in Hannover vom 30.8. bis 1.9.02**

## Bilanz, Ausblick, Gegenwehr. Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“

US-Strategie zur Absicherung ihrer weltweiten Hegemonie und insbesondere in ihre Strategie zur Beherrschung der Öl-Regionen am Persischen Golf, Kaspischen Meer und der Südchinesischen See? In welchem Zusammenhang steht dieser Krieg mit der Politik der „Globalisierung“ des Kapitalismus, über die Henry Kissinger sagt: „Globalisierung ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft.“ Und warum machen die EU-Staaten und die rot-grüne Bundesregierung bei diesem Krieg in „ungeeinschränkter Solidarität“ (Gerhard Schröder) mit? Weil auch europäische Macht- und Kapitalinteressen durchgesetzt und weltweit militärisch abgesichert werden sollen? Und warum unterstützen so viele Menschen diesen Krieg?  
(...)

### Aus dem Programm

**Freitag: 18.30 - 22.00 Uhr**

**Einführungsreferate:** • I. Die US-Amerikaner, der „gute Krieg“ und der Rest der Welt mit Konrad Ege (Washington). • II: Der afghanische Bumerang - Osama bin Laden, El Kaida und die amerikanische Politik mit Matin Baraki • III: Allianz gegen den Krieg am Beispiel Englands und der USA mit Lindsey German. • Anschließend Diskussion.

**Sonnabend: 9.00 - 22.00 Uhr**

- Vortrag I: Globalisierung und

**11.-12. Oktober, Marburg:** *Euro-Kapitalismus und Dritter Weg*. Universität Marburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Wilhelm-Röpke-Str. 6 B, Veranstaltung von WISSEN-Transfer und der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft, u.a. mit Hans-Jürgen Bieling (Marburg), John Grahl (London), Jörg Huffs chmid (Bremen), Kees van der Peijl (Amsterdam/Lancaster), Leo Panitch (Toronto), Frank Deppe (Marburg), Infos/Anmeldung: [www.wissentransfer.info](http://www.wissentransfer.info) buero@wissentransfer.info

**12./13. Oktober 2002, Gera:** *PDS-Parteitag*. Die 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS findet am Samstag, den 12. Oktober, und am Sonntag, den 13. Oktober 2002, in Gera statt. Tagesordnung u.a.: Die Aufgaben der PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundesschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevolutionskommission der PDS und der Statutenkommission.

**18. Oktober, Niedersachsen:** *Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Gruene*

**10.-11.November, Hannover:** *CDU-Bundesparteitag*, Wahl des neuen Bundesvorstandes

gefragt), Beate Malkus, Bernhard Nolz (Siegen), Frederik Roggan • AG 7: Krieg für Frauen(-rechte). Mariam Notten und Daniela Marx • AG 8: Kann das Völkerrecht eine Barriere gegen Kriege bilden? mit Bernhardt Graefrath und Gerhard Stuby • AG 9: Krieg und Flüchtlinge • AG 10: Der „Krieg gegen den Terror“ und die Berichterstattung der Medien. Pit Klein und Jens Ilse • AG 11: Ohne Gerechtigkeit kein Frieden - Erlasskampagne zur Befreiung der Dritten Welt aus der Schuldenfalle mit Cornelia Johnsdorf (von der Kampagne Erlassjahr.de/Faire Entschuldung für die Länder der Dritten Welt) u.a.

**Sonntag: 9.00 - 13.00 Uhr**

- Vortrag I: Wie die Medien uns in den Krieg ziehen mit Eckart Spoo
- Vortrag II: Arbeiterbewegung und Krieg - ein historischer Rückblick mit Michael Buckmiller • Vortrag III: Die Aufgaben der Friedensbewegung mit Peter Strutynski

**Podiumsdiskussion:** Mit alten Konzepten gegen neue Kriege - Was tun für Frieden und Gerechtigkeit?“

mit Reinhard Schwitzer (IG Metall Hannover), Peter Strutynski (Friedensratschlag), Kurt Haymann (attac), Cornelia Johnsdorf (erlassjahr.de) und Sibylle Stamm (ver.di Ba-Wü).

**Veranstaltungsort:**

Kulturzentrum Pavillon

Hannover

**Kongressbeitrag: 12 Euro und 8 Euro ermäßigt**